

# Auf der Spur der Menschenrechte durch Kreuzberg - ein Stadtspaziergang



# Impressum:

Herausgegeben vom Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Sebastianstraße 21  
10179 Berlin  
Tel.: 030/308 779 480  
[www.bildungswerk-boell.de](http://www.bildungswerk-boell.de)



Autor: Martin Forberg

Lektorat: Anja Schneider

Layout: Sabine Weber/Hinkelsteindruck

Umschlaggestaltung: Sabine Weber/Hinkelsteindruck auf der Grundlage eines Fotos von Martin Forberg – Wandbild auf der Südseite des Kottbusser Tores am Café Südblock.

Es wurde von der Gruppe Pirqas al Sur (Buenos Aires - Berlin) für „Kotti & Co“-die „Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor“ gestaltet.

2. Auflage (750 Exemplare)

Broschüre bestellen unter: [Tanya Lazova, lazova@bildungswerk-boell.de](mailto:Tanya.Lazova@bildungswerk-boell.de)

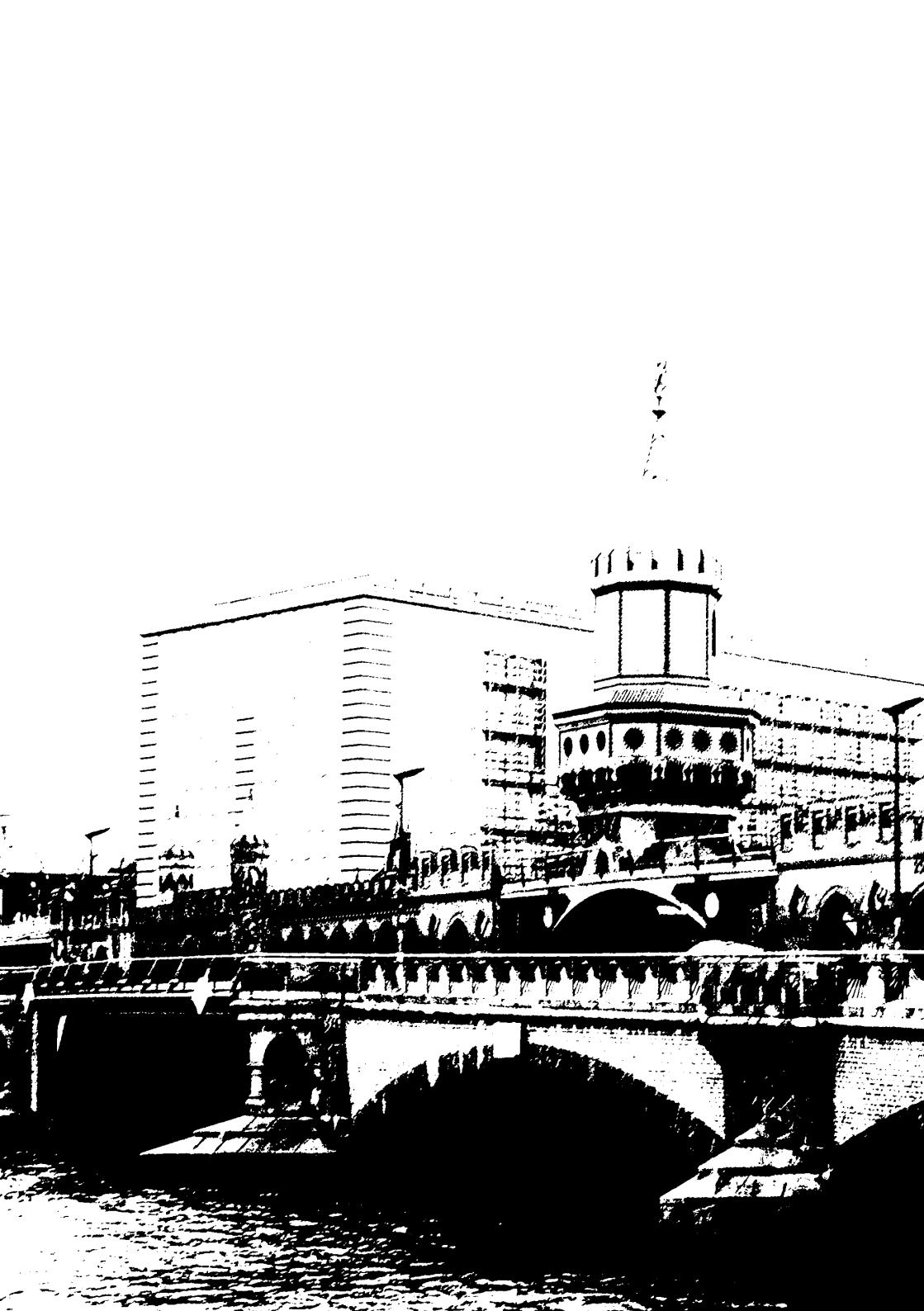
Diese Broschüre wurde realisiert aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin



Berlin im Dezember 2015

Zum Autor:

Martin Forberg (M.A. Neuere Geschichte, Soziologie und Ethnologie) ist Dozent in der politischen Bildung und freier Journalist. Er hat als Mitglied der „Internationalen Liga für Menschenrechte“ über Jahre hinweg u.a. zu den Themen Rassismus und Flüchtlingsrechte sowie zur Menschenrechtssituation im „Nahen und Mittleren Osten“ gearbeitet.



# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	6
1. Das May-Ayim-Ufer: Ein neuer Name und der Schutz vor rassistischer Diskriminierung.....	8
2. »Dem unbekanntem Flüchtling«: Ein Gedenkstein an der Spree und die Situation von Geflüchteten .....	10
3. Der U-Bahnhof Schlesisches Tor und das Recht auf Barrierefreiheit.....	12
4. »Menschen in der Stadt«: Ein Kunstwerk an der Schlesischen Straße und das »Leben nach Migration« .....	13
5. Ein Blick hinüber nach Treptow: Staat und Menschenrechte.....	15
6. Ecke Falckensteinstraße/Schlesische Straße: Das Menschenrecht auf selbstbestimmte sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität..	17
7. Ein Buchladen im Wrangelkiez: Frauenrechte sind Menschenrechte.....	18
8. Eine Kita verlässt den Wrangelkiez: Die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte .....	20
9. Das »Nachbarschaftshaus Centrum« im Wrangelkiez: Ein Mehrgenerationenhaus und die Rechte älterer Menschen.....	21
10. Von der Falckensteinstraße bis zum Kottbusser Tor: Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum unter Druck .....	22
11. Die St.Marien-Liebfrauenkirche in der Wrangelstraße 50/51: Eine Kirchengemeinde informiert über antijüdische Traditionen .....	24
12. Zwei Stolpersteine vor der Wrangelstraße 94: Spuren der nationalsozialistischen Verfolgung in Kreuzberg.....	25
13. Oppelner Straße 45: Spuren des Widerstandes in Kreuzberg .....	27
14. Wrangelstraße 98: Von der Kaserne zum Oberstufenzentrum – Menschenrechte und Frieden .....	28

15. Die Lübbener Straße 3 im Februar 1979: Instandbesetzung gegen Kaputtsanierung .....	29
16. Görlitzer Park: Die neue Bürgerrechtsbewegung und der Rassismus gegen Roma in Europa .....	30
17. Kinderprojekte rund um den Görlitzer Park: Ein Circus am Spreewaldplatz und die UN-Kinderrechtskonvention .....	33
18. Der Landwehrkanal und das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser .....	34
19. Zwei Moscheen in der Wiener Straße: Die Vielfalt muslimischen Lebens in Kreuzberg und die Eintönigkeit der Islamfeindlichkeit.....	35
20. Mariannenstraße 6: Das Frauenstadtteilzentrum »Schokofabrik« .....	36
21. Die Synagoge am Fraenkelufer: Abgründe, Wiederaufbau und die Bedeutung der Menschenrechte für den Kampf gegen Antisemitismus .....	37
22. »Kotti & Co«, das Holzhaus südlich des Kottbusser Tores: Mit Fantasie und Ausdauer wehren sich Mieter_innen gegen ihre Verdrängung.....	39
23. Auf dem Oranienplatz: Refugees fordern ihr Recht.....	40
24. Oranienstraße 34: Vom ersten Leiser-Schuhgeschäft zum »Familiengarten« .....	41
25. Waldemarstraße 36: Das »HeileHaus« und das Menschenrecht auf Gesundheit .....	42
26. Die Naunynstraße und das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe...	43
27. Das Bethanien am Mariannenplatz: Emanzipatorische Projekte und Künstler_inneninitiativen unter einem Dach.....	44
Anmerkungen.....	45
Literaturverzeichnis.....	48
Fotonachweise.....	54



## Einleitung

Die Menschenrechte sind seit Jahren ein Thema, das in vielen Veranstaltungen des Bildungswerkes Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung aufgegriffen wird. Im Jahr 2013 fand erstmals der Stadtspaziergang »Auf der Spur der Menschenrechte durch Kreuzberg« statt. Die vorliegende 2. Auflage der Broschüre ermöglicht es, den Spaziergang in 27 Kapiteln nachzulesen oder nachzugehen. Dem liegt der Ansatz zugrunde, ein globales Handeln für die Menschenrechte und das Engagement vor Ort miteinander zu verbinden. Seit der 1. Auflage aus dem Jahr 2013 haben sich weltweit dramatische neue Entwicklungen ergeben, die in dem aktualisierten Text so weit wie möglich berücksichtigt wurden. Diese Entwicklungen sind teils erschreckend, teils lassen sie aber auch hoffen. Sie haben gezeigt: Nur die Verwirklichung der Menschenrechte kann Krisen lösen helfen. Allein dann kann die »Agenda zur Rettung der Welt« verwirklicht werden. Dabei handelt es sich um ein Programm, das der UN-Sondergipfel im September 2015 für die nächsten 15 Jahre (also bis zum Jahr 2030) beschlossen hat. Ganz konkret lautet heute, in Abwandlung eines Wortes von Rosa Luxemburg, die Alternative: »Verwirklichung der Menschenrechte oder Barbarei«.

Das gilt weltweit und auch in unserer direkten Nachbarschaft. Daher wird die breite Palette der Menschenrechte auf dem Spaziergang anhand von konkreten Orten vorgestellt. Kreuzberg, seit 2001 mit Friedrichshain zu einem Stadtbezirk verschmolzen, ist nicht zuletzt durch seine sozialen Bewegungen bekannt, deren Aktivist\_innen sich z.B. für Frauenrechte engagieren, gegen die Verdrängung von Mieter\_innen\*, für ein

\* In dieser Broschüre wird der Unterstrich verwendet (z.B. Mieter\_innen); dadurch wird die vorherrschende männliche Ausdrucksform vermieden. Zugleich schließt die so entstehende Lücke alle Menschen mit ein, die sich jenseits der Zweigeschlechtlichkeit verstehen (vgl. hierzu Kapitel 6).

menschenwürdiges Leben von Flüchtlingen, gegen Rassismus und gegen jegliche Diskriminierung. Immer geht es dabei um die Verwirklichung der Menschenrechte. In deren Mittelpunkt steht die Menschenwürde, die sich am besten konkret fassen lässt: Selbst wenn es unterschiedliche Vorstellungen darüber geben mag, was darunter zu verstehen ist, so dürften doch die meisten Menschen darin übereinstimmen, dass z.B. die Folter ein schwerer Verstoß gegen diese Würde ist.

Menschenrechte gelten universal, weltweit und für alle Menschen. Sie sind kein »Produkt abendländischer Kulturentwicklung« – schließlich muss auch im Westen bis in die Gegenwart hinein um ihre Anerkennung gerungen werden. Neben der Universalität der Menschenrechte steht ihre Unteilbarkeit: Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit einerseits und das Recht auf soziale Sicherheit andererseits gehören zusammen. Diese ganzheitliche Sicht wird schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 vertreten. Vor dem Hintergrund der NS-Verbrechen verfasst, hat sie den Grundstein für ein bislang einmaliges internationales System des Menschenrechtsschutzes gelegt.

Es besteht zum einen aus UN-Menschenrechtsübereinkommen, die für diejenigen Staaten, die ihnen beigetreten sind, rechtsverbindlich sind. Wichtige UNO-Einrichtungen zum Schutz der Menschenrechte sind der Menschenrechtsrat und die Hochkommissar\_in für Menschenrechte. Dieses Amt bekleidet gegenwärtig Zeid Ra`ad Zeid al Hussein aus Jordanien. Auch der Internationale Strafgerichtshof dient der Verwirklichung der Menschenrechte. Einige Menschenrechtsorganisationen arbeiten ebenfalls weltweit: Neben »Amnesty International« ist dies z.B. die »Internationale Föderation der Menschenrechtligen« (FIDH). Die deutsche Sektion der FIDH heißt »Internationale Liga für Menschenrechte« und versteht sich in der Antikriegs-Tradition des »Bundes Neues Vaterland«, aus dem in der Weimarer Republik die »Deutsche Liga für Menschenrechte« hervorging. Vorsitzender der »Deutschen Liga für Menschenrechte« war der mutige Journalist Carl von Ossietzky. 1936 wurde ihm der Friedensnobelpreis zugesprochen, den er nicht entgegennehmen konnte, da er zu dieser Zeit in KZ-Haft saß, an deren Folgen er 1938 starb. Nach Carl von Ossietzky wurden zwei Schulen in Berlin benannt. Eine davon befindet sich in der Blücherstraße in Kreuzberg. Das zeigt noch einmal: Menschenrechte sind weltweit gerade so wichtig wie vor der eigenen Haustür.<sup>1</sup>



## 1. Das May-Ayim-Ufer: Ein neuer Name und der Schutz vor rassistischer Diskriminierung

In der letzten Zeit sind rechtspopulistische und rechtsradikale Spielarten des Rassismus von offener Nazipropaganda bis hin zu rassistischer Gewalt – z.B. in Form von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte – in Deutschland angewachsen, zugleich aber haben sich auch der zivilgesellschaftliche Widerstand und das rechtsstaatliche Vorgehen dagegen verstärkt. So sind rassistuskritische Sichtweisen mittlerweile auch in den Leitmedien verankert, es gibt aber auch eine größere Sensibilität seitens der Politik.

Ein Beispiel im öffentlichen Raum, ist die im Februar 2010 erfolgte Straßenumbenennung des »Gröbenufers« in »May-Ayim-Ufer«, die unter menschrechtlichen Gesichtspunkten wichtig war:

Otto Friedrich von der Groeben (1657 bis 1728) hat die brandenburgisch-preußische Kolonie Groß-Friedrichsburg im heutigen Ghana gegründet. Darüber lief Brandenburgs Beteiligung am atlantischen Sklavenhandel.

May Ayim (1960 bis 1996) dagegen war eine Schwarze deutsche Dichterin und Aktivistin, die sich in der Schwarzen Frauenbewegung engagierte.\* Sie hat das Buch »Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte« mit herausgegeben. Das Wort »afro-deutsch« zeigt, dass es nicht nur weiße Deutsche gibt. Das wird oft selbstverständlich angenommen, weil Weiße über Jahrhunderte hinweg die Macht hatten, sich selbst zur Norm zu erklären.

In Europa wurde aus dieser Machtposition heraus festgelegt, dass Jüd\_innen, Roma, Schwarze Menschen, Muslim\_innen »anders« seien.

---

\* Weiß und Schwarz sind politische Begriffe, so erklärt sich die besondere Schreibweise. In Kreuzberg steht das interkulturelle Netzwerk »Joliba« in der Tradition des Buches »Farbe bekennen.« <http://www.joliba-online.de/>



Das war mit einer Abwertung verbunden. Vorurteil und Macht zusammen bringen den Rassismus hervor, so Grada Kilomba, Professorin am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beginnt mit dem Satz: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.« Diskriminierung ist damit unvereinbar. Die UN-Menschenrechtskonvention zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung stammt allerdings erst aus dem Jahr 1966. Deutschland wurde für seine unzureichenden Maßnahmen gegen Rassismus mehrfach kritisiert: Der hierzulande übliche Rassismusbegriff sei zu eng auf neonazistische Gewalt ausgerichtet, so der Sonderberichterstatte für Rassismus 2010. »Angehörige von Minderheiten in Deutschland« erlebten »in vielen Lebensbereichen« rassistische Diskriminierung. Es gibt also noch viel zu lernen. Warum nicht bei der Schule anfangen? »Gleichberechtigung an deutschen Schulen fordern« heißt z.B. ein Projekt der »Open Society Justice Initiative«, das Hoffnung macht; Maureen Maisha Eggers, Professorin für Kindheit und Differenz, meint: »Es ist grundsätzlich möglich, die Schule als Bildungsinstitution, als Lern- und Lebensort von einer Normalität von Rassismus hin zu einer Normalität von Inklusion zu entwickeln.« Für diese neue Normalität – auch außerhalb der Schule – arbeiten in Kreuzberg und in anderen Teilen Berlins zahlreiche Initiativen. Im Jahr 2012 kam das »Festival gegen Rassismus« am Blücherplatz hinzu, das nach einer 1-jährigen Pause 2015 wieder stattfand.<sup>2</sup>



## 2. »Dem unbekanntem Flüchtling«: Ein Gedenkstein an der Spree und die Situation von Geflüchteten

An der Spree steht ein Gedenkstein: »Dem unbekanntem Flüchtling«. Udo Düllick ertrank am 5.10.1961, als er von Ost nach West schwimmen wollte. Da die Spree hier zu Ost-Berlin gehörte, griffen West-Berliner Rettungskräfte auch dann nicht ein, wenn jemand von der Kreuzberger Seite ins Wasser fiel. So ertranken mindestens 5 Kinder.

Weit über 25.000 Menschen sind es mittlerweile, die in den letzten zwanzig Jahren bei ihrer Flucht über das Meer nach Europa gestorben sind – diese Katastrophe ist auch eine Folge der Abschottungspolitik der EU. Deren drastische Zuspitzung im Jahr 2015 hat endlich das Gewissen vieler Europäer\_innen wachgerüttelt.

Das Recht auf Asyl ist bereits in Artikel 14 der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« verankert und die »Genfer Flüchtlingskonvention« bekräftigt das Verbot, Verfolgte abzuschicken. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl für politisch Verfolgte wurde 1993 stark ausgehöhlt. Die Änderung erschwert die Anerkennung, Fliehende abhalten kann sie nicht. Zurzeit sind weltweit 60 Mio. Menschen auf der Flucht, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im Sommer 2015 feststellte – das ist die höchste Zahl seit 1951.

Der verzweifelte Versuch zahlloser Menschen – nicht zuletzt aus dem kriegszerstörten Syrien – in Europa Zuflucht zu finden, hatte Angela Merkel im Herbst 2015 dazu bewogen, sich zumindest teilweise von der »Festung Europa« zu verabschieden. Zeitgleich wurden in der EU neue Mauern und Zäune errichtet, um den Landweg in die zentral- und nordeuropäischen Staaten wenn nicht ganz zu versperren, so doch zumindest das Durchkommen zu erschweren. Auch das deutsche Asylrecht wurde im Herbst 2015 abermals verschärft. Es finden massive Abschiebungen in vermeintlich sichere Herkunftsstaaten statt. Dennoch: Große Teile der deutschen

Gesellschaft haben sich im Jahr 2015 mit den Geflüchteten solidarisiert, sie in einem nie dagewesenen Ausmaß unterstützt, sind rechtsradikaler und rechtspopulistischer Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge entgegengetreten. Diese solidarische Haltung hat auch die Mitte der Gesellschaft erfasst. Flüchtlinge auf Augenhöhe und nicht von oben herab zu unterstützen, ist zu einem Bestandteil der deutschen Alltagskultur geworden. Im Herbst 2015 meinte eine Mehrheit der befragten Berliner\_innen, dass Deutschland die erwartete Zahl der Flüchtlinge »verkräften« könne, jede\_r Fünfte würde demnach Geflüchtete bei sich aufnehmen.

Die Versorgung der Geflüchteten stellt für staatliche Stellen eine Herausforderung dar, die eine Umstellung der Politik im Sinne der Menschenrechte erforderlich macht. Es besteht die Hoffnung, dass diese Herausforderung angenommen wird. Dafür sorgen nicht zuletzt zahllose neue ehrenamtliche Initiativen, wie beispielsweise »Kreuzberg hilft« oder »Moabit hilft«, die angesichts des Versagens staatlicher Stellen bis zur Erschöpfung Lebensmittel, medizinische Hilfe und andere lebenswichtige Ressourcen bereitstellen. Seit langem versucht – ebenfalls in Moabit – das »Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten« (BBZ) »entlang den Grundsätzen der partizipatorischen Jugendarbeit durch Beratung und Unterstützung den Flüchtlingen und MigrantInnen einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung und Arbeit zu ermöglichen«.

Im Oktober 2015 ist zugleich deutlich geworden, dass ehrenamtliche Helfer\_innen die Aufgabe nicht bewältigen können. Sie üben daher einen – durchaus erfolgreichen – Druck auf den Staat aus, seine Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehört es, die Versorgung mit menschenwürdigen Unterkünften und Wohnungen ganz oben auf die Prioritätenliste zu setzen. Damit dies nicht zu sozialen Konflikten führt, muss mehr Wohnraum für alle geschaffen werden. Dadurch kann auch dieses Menschenrecht verwirklicht werden (vgl. Kapitel 10 und 22).

Den Boden für eine solche Wende zum Besseren haben Initiativen bereitet, die sich seit Jahrzehnten mit Geflüchteten solidarisieren: Der »Flüchtlingsrat Berlin« etwa entstand 1981, seit 1983 gibt es in Kreuzberg die »Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen e.V.« (KUB), »Asyl in der Kirche« wurde im gleichen Jahr gegründet, mit einer Beratungsstelle in der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Kirche.

Seit Herbst 2015 gibt es in Kreuzberg eine »Flüchtlingskirche«, St. Simeon in der Wassertorstraße, in der Beratung und Sprachunterricht angeboten werden. Muslimische Gemeinden mit ganz verschiedener Ausrichtung unterstützen ebenso Geflüchtete wie dies jüdische Einrichtungen tun.

Canan Bayram, Mitglied des Abgeordnetenhauses sagte im Berliner Parlament: »Wir sind vereint in der Gestaltung der Vielfältigkeit.«

Die Grundlage für den jetzt möglichen Wandel zu einer anderen Flüchtlingspolitik haben auch die Refugees vom Oranienplatz gelegt, die dort von 2012 bis 2014 einen eigenständigen Protest organisiert haben (vgl. Kap. 23).<sup>3</sup>



© U. Bökesch

### 3. Der U-Bahnhof Schlesisches Tor und das Recht auf Barrierefreiheit

Der Bahnhof Schlesisches Tor, 1901 vollendet und einer der ersten U-Bahnhöfe Berlins, ist ein eindrucksvolles Gebäude, das viele Menschen aber leider nicht nutzen können, denn es fehlt ein Aufzug. Dieser ist erst für die Zeit nach 2016 geplant. »Zugänglichkeit« (oder: »Barrierefreiheit«) ist ein Grundsatz der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie wurde im Jahre 2006 verabschiedet und vertritt einen neuen, fast »revolutionären« Ansatz. Im Mittelpunkt steht der Begriff der Inklusion: Die Gesellschaft muss so beschaffen sein, dass die Menschen mit ihren vielfältigen Bedürfnissen gleichberechtigt sind. »Behinderung« wird nicht mehr als Defizit angesehen, vielmehr wird klar, dass dieses Wort eine willkürliche Konstruktion ist. Inklusion ist freiheitlicher und sozialer als der Begriff der Integration, der oft so verstanden wird, dass Menschen sich an etwas Bestehendes, Herrschendes anpassen sollen. Auch Deutschland, das die Konvention im Jahr 2009 unterzeichnet hat, muss die dort formulierten Richtlinien umsetzen.

So dürfen Menschen mit Behinderungen nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden. Die deutschen »Sonderschulen« sind damit nicht vereinbar. In Berlin ist das gemeinsame Lernen mit und ohne Behinderung zu einem vorrangigen Ziel erklärt worden, allerdings scheitert eine zügige Umsetzung oft an unzureichender Finanzierung.<sup>4</sup>

#### 4. »Menschen in der Stadt«: Ein Kunstwerk an der Schlesischen Straße und das »Leben nach Migration«



Zwischen der Schlesischen Straße und dem May-Ayim-Ufer erstreckt sich die »Menschenlandschaft Berlin«, ein Skulpturenweg aus dem Jahr 1987, der dem Thema »Kreuzberg als Kristallisationspunkt für Einwanderung« gewidmet ist. Auf der Wiese an der Schlesischen Straße steht ein Marmorkunstwerk von Mehmet Aksoy: »Menschen in der Stadt«. Aksoy lebte lange Zeit im Exil in Berlin. Eine einzelne Figur steht alleine vor einer Menschengruppe. In die Skulptur sind Auszüge aus dem Gedicht »Von euren Händen und von der Lüge« des Dichters Nazim Hikmet eingraviert, das mit den Worten endet: »Unsere runde Erde, sie liegt in euren Händen.« In diesem Gedicht drückt Hikmet seinen Respekt für arbeitende Menschen aus. Ab den 50ern wurden »Arbeitskräfte gerufen [...], aber »es kamen Menschen«, wie der Schriftsteller Max Frisch feststellte. Durch den Bau der Mauer 1961 wuchs der Bedarf insbesondere in Westberlin und die Bundesrepublik unterzeichnete verstärkt Anwerbeverträge, z.B. mit der Türkei. Um die Menschen- und Bürgerrechte der Einwander\_innen, die »Gastarbeiter\_innen« genannt wurden, war es nicht gut bestellt. Leider trifft das auch heute auf sie, ihre Kinder und Kindeskindern zu. »Die Menschen der ‚Gastarbeiter‘-Generation haben Kreuzberg attraktiv und lebenswert gemacht. Jetzt reicht die niedrige

Rente nicht mehr, um ihren Lebensabend im angestammten Umfeld zu genießen«, schreibt »Kotti & Co«, die »Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor« (vgl. Kap. 23).

Schon im 19. Jahrhundert gab es Zuwander\_innen in Kreuzberg: z. B. Pol\_innen, osteuropäische Jüd\_innen, Italiener\_innen. Vor allem von den 1960ern an kamen Menschen aus der Türkei (darunter viele Kurd\_innen), dem Libanon bzw. Palästina, Israel, Polen, aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern. Viele Einwander\_innen sind zugleich Flüchtlinge.

Oft hatten Einwander\_innen bereits in ihren Herkunftsländern unter Mehrfachdiskriminierung zu leiden – das gilt etwa für Menschen mit Romnj\_a-Herkunft. Dr. Elizabeta Jonuz, Sozialwissenschaftlerin und Sozialpädagogin, schreibt in ihrem Aufsatz »Leben in einer Gesellschaft mit Rassismushintergrund« (zu finden auf der Website der Heinrich-Böll-Stiftung): »Der spärlichen Literatur ist zu entnehmen, dass eine unbekannte Anzahl von Romafamilien im Zuge der ‚Gastarbeiteranwerbung‘ in den 1960er- und 1970er-Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Italien, Griechenland, der Türkei und anderen Ländern in die Bundesrepublik kamen und zum Teil heute die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.« Sie wollten einer doppelten Ausgrenzung – »als Roma (Zigeuner\_in) und als Ausländer\_in« – entgehen: »Sie gaben sich in der Öffentlichkeit nicht als Roma zu erkennen. Um nicht nach Herkunft und Status differenziert zu werden, zahlten sie den Preis, ihre tatsächliche Zugehörigkeit zu verbergen.«

Heute geht es um das »Leben nach Migration«, um ein gleichberechtigtes Leben hier und jetzt. Dafür setzt sich z.B. der »Migrationsrat Berlin-Brandenburg« (MRBB) mit über 70 »Mitgliedsorganisationen« und Sitz in Kreuzberg ein. Kreuzberg ist zugleich ein Ort für politische Aktionen gegen Menschenrechtsverletzungen, z.B. in der Türkei, bzw. Kurdistan oder den kurdischen Gebieten, in Syrien und anderen arabischen Ländern, in Israel-Palästina und in Iran. Hier ist es auch möglich, dass Palästinenser\_innen und Israelis sich – über alle Mauern hinweg – gemeinsam für die Verwirklichung der Menschenrechte in Israel-Palästina einsetzen.

Einwander\_innen brauchen überall auf der Welt menschenrechtlichen Schutz. Die Wanderarbeiterkonvention der UNO von 2003 wurde aber leider bis 2011 von nur 45 Staaten unterzeichnet. Darunter ist kein Einwanderungsland, auch Deutschland nicht.<sup>5</sup>

## 5. Ein Blick hinüber nach Treptow: Staat und Menschenrechte



Am Ende der Schlesischen Straße, in Treptow, befindet sich das Bundeskriminalamt (BKA) – ein Anstoß, sich mit dem Verhältnis von Staat und Menschenrechten auseinanderzusetzen. Auf ihre »Achtung und Einhaltung [...] hinzuwirken«, dazu verpflichten sich die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen in der Präambel der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« (AEMR). Wie häufig diese (grundlegenden) Rechte dennoch in vielen Staaten der Welt in erschreckender Weise missachtet werden, lässt sich den Jahresberichten von »Amnesty International« entnehmen.

In den Demokratien dieser Welt sind im Durchschnitt viele Menschenrechte weitaus besser geschützt als in nicht demokratisch verfassten Gesellschaften, aber selbst in Ländern wie Deutschland kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, auch im Bereich der Sicherheitsorgane. Beispiele sind Gefährdungen des Datenschutzes oder die bedenklichen Vorgänge um den »Verfassungsschutz«, den deutschen Inlandsgeheimdienst. So stellt beispielsweise die »Humanistische Union« im Zusammenhang mit den rechtsterroristischen NSU-Morden kritisch fest: »Im Zuge der Ermittlungen der Untersuchungsausschüsse des Bundes sowie in Thüringen, Sachsen und Bayern wurden viele Details bekannt, die belegen, dass der 'Verfassungsschutz' Beziehungen in die rechte Szene hatte, in der Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe aktiv waren. Sie belegen, wie diese Verstrickungen zur jahrelangen Deckung des NSU beitragen konnten. Auch heute noch blockieren die Verstrickungen über V-Leute die Ermittlungen im NSU-Komplex.« Verletzt werden Menschenrechte auch durch gewaltsame Übergriffe von Polizist\_innen. Die Anti-Folterkommission der UNO und Menschenrechtsgruppen in Deutschland schlagen vor, diese von einem

unabhängigen Gremium untersuchen zu lassen. Dieses Gremium hätte vielleicht die Umstände aufgeklärt, unter denen Oury Jalloh am 7. Januar 2005 in einer Polizeizelle in Dessau verbrannte. Mehrere von der »Initiative in Gedenken an Oury Jalloh« in Auftrag gegebene Gutachten legen ein Fremdverschulden (Körperverletzung, Totschlag oder Mord) nahe. Diese Möglichkeit war bislang in den Strafprozessen, die stattfanden, geradezu ein Tabu. Mitglieder der erwähnten Initiative wurden teils allein für den Slogan »Oury Jalloh – das war Mord« Repressalien ausgesetzt. Vielleicht hat auch ein »Tatort«-Krimi, der 2015 an das Schicksal von Oury Jalloh angelehnt war, zur Sensibilisierung beigetragen. In einem Monitor-Beitrag, der mit Bezug auf den Krimi gesendet wurde, stellte die Anwältin der Familie Jalloh, Gabriele Heinecke fest: »Wenn es kein Feuerzeug in der Zelle gegeben hat, dann kann Oury Jalloh nicht – so wie die Staatsanwaltschaft nicht müde wird, es zu behaupten – das Feuer selber gelegt haben. Es muss also eine dritte Person gewesen sein. Nach dieser dritten Person muss man suchen.«

Mit den Menschenrechten unvereinbar ist auch die polizeiliche Fahndungsmethode des »Racial Profiling«, gegen die sich u.a. die Kampagne »Stop Racial Profiling« wendet. Damit ist eine »diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen (wie ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, nationale Herkunft oder Religion)« gemeint, die polizeilichen Kontrollen ohne konkreten Verdacht zugrunde liegen.

Eine weitere Kontrollinstanz, die zur Durchsetzung der Menschenrechte durch die Staaten beiträgt, ist die Kennzeichnungspflicht für Polizist\_innen. <sup>6</sup>



## 6. Ecke Falckensteinstraße/Schlesische Straße: Das Menschenrecht auf selbstbestimmte sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität



Schon im Juli 1930 betonte ein Mitglied des Bundes für Menschenrechte (BfM) wie wichtig die eben erwähnte »Nummerierung der Polizeibeamten« sei, sie wurde schon damals diskutiert: Polizist\_innen hatten eine Ausflugsgruppe des BfM (eine bedeutende Organisation homosexueller Menschen) in Rauchfangswerder beleidigt, wollten aber ihre Namen nicht nennen. Der BfM hatte seinen Sitz in Kreuzberg, über 80 Jahre später gibt es hier zahlreiche Gruppen, die sich für das Recht auf Selbstbestimmung bei der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität einsetzen. Dieses Recht haben auch der UN-Menschenrechtsrat und die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navanethem Pillay unterstrichen. In Deutschland und Berlin gibt es auch heute noch Diskriminierung von Schwulen und Lesben. Kreuzberger Initiativen wenden sich aber ebenso gegen die pauschal abwertende Behauptung, Muslim\_innen seien homophob. Sie haben 2011 auf der »1. Langen Nacht der diskriminierungsfreien Szenen« in Kreuzberg und Nordneukölln auf Partys und mit Filmen informiert. Das Netzwerk »Diskriminierungsfreie Szenen für alle!« ist inzwischen in verschiedenen Berliner Bezirken aktiv.

Der UN-Menschenrechtsrat verteidigt nicht nur das Recht auf eine selbstbestimmte sexuelle Orientierung, sondern auch auf eine selbstbestimmte geschlechtliche Identität, die darin bestehen kann, dass sich Menschen als transsexuell bzw. als transgender verstehen bzw. sich nicht in die gesellschaftlich festgelegte Zweigeschlechtlichkeit von »Mann« und »Frau« pressen lassen. In der Abkürzung »LSBT\* IQ« ist eine ganze Bandbreite von Selbstverständnissen zusammengefasst, die es aus menschenrechtlicher Sicht zu verteidigen gilt. Dieser Ansatz hat in der letzten Zeit an Einfluss gewonnen. Der Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg vom 26.02.2013, in öffentlichen Gebäuden zusätzlich

geschlechtsneutrale Toiletten einzurichten, ist in diesem Sinn. Der Jugendverband »Lambda« lobte: »Die Politiker\_innen haben verstanden, dass wir nicht nur in einer zweigeschlechtlichen Welt leben«.7



## 7. Ein Buchladen im Wrangelkiez: Frauenrechte sind Menschenrechte

Der Buchladen in der Falckensteinstraße 44 verkaufte am 22. März 2013 ein bestimmtes Buch speziell an Frauen 22% billiger und erinnerte so am »Equal Pay Day« daran, dass Frauen in Deutschland 22% weniger verdienen als Männer, was gegen das »UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau« von 1979 verstößt. 1993 verabschiedete die UN-Vollversammlung die »Erklärung über die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen«. Manche in der UNO meinten, häusliche Gewalt sei eine »Privatangelegenheit«. Aber: was »privat« genannt wird, ist eine Frage der Macht. In Deutschland galt die Vergewaltigung in der Ehe lange als »privat« und wurde daher erst spät – 1997 – unter Strafe gestellt. Im Jahr 2000 hat der Weltsicherheitsrat die Resolution 1325 verabschiedet, die erstmals ganz den Frauenrechten gewidmet ist. Ohne die Frauenbewegung hätte es wohl nie einen menschenrechtlichen Schutz für Frauen gegeben. Die Frauenrechtlerin Olympe de Gouges zeigte schon 1792 in ihrer Schrift »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin«, dass mit der 1789 von der französischen Nationalversammlung verkündeten »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« Männerrechte gemeint waren. Sie starb 1793 unter dem Schafott. Schon die erste Frauenbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts war nicht nur weiß: »Ain't I a woman?« – »Bin ich keine Frau?« – mit dieser Frage wies die 1798 in den USA als Sklavin geborene Sojourner Truth

auf das Schicksal der Schwarzen Frauen hin. Frauenbewegungen aus den Ländern des Südens werden oft unterschätzt. Kaum ist z.B. von der Frauenbewegung in Afghanistan die Rede. Gegründet von der 1987 ermordeten Feministin Meena organisiert die »Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans« (RAWA) seit den 1970ern den Widerstand gegen die Unterdrückung von Frauen – bei gleichzeitiger Ablehnung ausländischer Interventionen. RAWA beteiligt sich an Demonstrationen gegen Gewalt und Lynchmorde an Frauen und unterstützt die Arbeit von Frauen-Schuras, also Frauenräten.

Arabische Feministinnen haben 2011 die Facebook-Gruppe »The Uprising of the Women in the Arab World« ins Leben gerufen.

In Deutschland forderte die erste Frauenbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik die politische und soziale Gleichstellung. In Kreuzberg war u.a. Emma Ihrer aktiv sowie Lina Morgenstern, die aus der bürgerlichen Frauenbewegung stammte.

Die zweite, autonome Frauenbewegung ist in Kreuzberg besonders stark vertreten. Von den zahlreichen Frauenorganisationen in Kreuzberg bzw. Nordneukölln seien hier genannt: der »Türkische Frauenverein e.V.«, »TIO e.V.«, d.h. Treff- und Informationsort, »der sich seit 1978 für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen in Deutschland einsetzt«, und die Schokofabrik. »Elişi Evi« unterstützt Frauen und Mädchen bei der Entwicklung ihrer individuellen Potentiale sowie bei der Partizipation am Gesellschaftsgeschehen. Er stärkt und fördert ihr Selbstbewusstsein und ihre Eigenständigkeit.« »Wildwasser« kämpft seit 30 Jahren gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen.

Die Frage der Menschenrechte von Sexworker\_innen ist aktuell geworden, als sich »Amnesty International« (AI) 2015 für deren Rechte stark machte. Dies wurde von denjenigen Feminist\_innen kritisiert, die für ein Verbot von Prostitution eintreten. Die Ansicht von AI wird seit 1980 von »HYDRA e. V.« vertreten, die sich selbst als »erste autonome Hurenorganisation Deutschlands«, versteht und ebenfalls in Kreuzberg ansässig ist.

Als Teil der dritten Frauenbewegung gilt die der Women of Color. Sie betont, dass Frauenunterdrückung sich mit anderen Dominanzformen verwebt, wie z.B. mit Rassismus oder Homophobie.<sup>8</sup>



## 8. Eine Kita verlässt den Wrangelkiez: Die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte

»Klein und Stark« – so hieß die Kindertagesstätte, die es 35 Jahre in der Falckensteinstraße im Wrangelkiez gab. Sie musste im Herbst 2013 wegen Mieterhöhungen schließen. Die Wohnungsmieten steigen ebenfalls stark an (vgl. Kap. 10). Auch das ist eine Menschenrechtsfrage: Es gibt ein Recht auf einen »angemessenen Lebensstandard«, das schließt eine bezahlbare Wohnung mit ein. Der »Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« von 1966 – kurz »Sozialpakt« – garantiert dieses Recht in seinem Artikel 11.

Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (kurz: WSK-Rechte) sind schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 enthalten. Dort stehen sie neben den Schutzrechten (z.B. dem Recht auf Leben) und den Beteiligungsrechten (z.B. Meinungsfreiheit). Freiheit und Gleichheit bedingen sich, sie sind kein Widerspruch.

Artikel 1 des Sozialpaktes ist dem Selbstbestimmungsrecht gewidmet. Dabei geht es auch um die freie Verfügung über »natürliche Reichtümer und Mittel«. Deutschland ist zwar dem Sozialpakt beigetreten, aber noch nicht dem dazu gehörigen sogenannten »Fakultativprotokoll«. Erst das ermöglicht es Einzelpersonen, sich – nach Ausschöpfung aller rechtlichen Instanzen – mit einer Beschwerde an das für den Sozialpakt zuständige UN-Komitee zu wenden.

Welche Rechte werden im Sozialpakt außerdem genannt? Da ist z.B. das Recht auf Arbeit (Artikel 6), das nicht das Recht auf einen bestimmten Arbeitsplatz meint, sondern auf die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit durch Arbeit. Das Recht auf soziale Sicherheit und Sozialversicherung (Artikel 9) ist in den vergangenen Jahren auch in Deutschland stark diskutiert worden: Dabei ging es um das »bedingungslose und existenzsichernde Grundeinkommen«. Hinzu kommen das Recht auf Gesundheit (Artikel 12;

vgl. Kap. 25) und auf Bildung sowie kulturelle Teilhabe (Artikel 13; vgl. Kap. 26). Artikel 11 garantiert auch das Recht auf Nahrung: Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter 10 Jahren – schockierend angesichts des Überflusses in der Welt. Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderbericht-ersteller für das Recht auf Nahrung, weist darauf hin, dass in Ländern des Südens, wie z.B. in Haiti oder Sambia schon vor Jahren vom Internationalen Währungsfonds Subventionen für Bauern gestrichen wurden. In Sambia sei die Kindersterblichkeit seitdem explodiert. Nicht gestrichen wurden dagegen die Agrarsubventionen in der EU. Sie machen Billigexporte in afrikanische Länder möglich, die dort die Landwirtschaft schwächen. Wie lautet doch der Slogan der Flüchtlinge am Oranienplatz: »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!«<sup>9</sup>

## 9. Das »Nachbarschaftshaus Centrum« im Wrangelkiez: Ein Mehrgenerationen- haus und die Rechte älterer Menschen



Hinter einem kleinen Platz mit Bäumen an der Falckensteinstraße fällt der Blick auf ein Haus mit blauer Wandmalerei: in diesem Gebäude hat der Verein »Nachbarschaftshaus Centrum e.V.« vom Jahr 1998 an die Nachbarschaft beraten. Nach dem Umbau im Oktober 2015 ist in diesem Haus das »Familien- und Nachbarschaftszentrum Wrangelkiez« untergebracht, als »Anlaufstelle und Netzwerkknoten im Stadtteil«. Im Jahr 2007 gab es hier auch Mehrgenerationenhausangebote. Der Grundgedanke der Mehrgenerationenhäuser, die es in ganz Deutschland gibt, lässt sich mit dem Slogan »Jüngere helfen Älteren und umgekehrt« zusammenfassen. Leider sieht es mit dem Menschenrechtsschutz für ältere Menschen nicht sehr gut aus. Der Standard ist unbefriedigend – sowohl auf der Ebene der UNO, als auch in Deutschland. Und das, obwohl die gravierenden Probleme beispielsweise im Bereich der Pflege oder beim

Thema Altersarmut, die Frauen und Einwander\_innen besonders trifft, lange bekannt sind.

Das »Nachbarschaftshaus Centrum« wurde 1998 von drei Initiativen aufgebaut: dem kurdischen Elternverein »Yekmal« (»Verein der Eltern aus Kurdistan e.V.«, gegründet 1993) und zwei Beratungsorganisationen mit türkischem Namen: »Otur ve Yaşa« (»Wohnen und Leben e.V.«, gegründet 1977) und »Meslek Evi« – Berufsförderung (gegründet 1989). Die über dreißigjährige Geschichte von »Otur ve Yaşa« zeigt, dass Einwander\_innen einen großen Anteil an den in den 70ern entstandenen Initiativen für bezahlbaren Wohnraum hatten. Der Verein »Nachbarschaftshaus Centrum e.V.« engagiert sich auch für dieses Ziel, so hat er die »Kreuzberger Erklärung« vom Mai 2013 unterschrieben, in der es heißt: »Das Miteinander aller Einkommensgruppen, aller Lebensentwürfe, aller Generationen, vieler Kulturen ist Grund dafür, warum Berlin Berlin ist und warum Berlin attraktiv ist. Kreuzberg wirkt hier als Leuchtturm«. <sup>10</sup>



## 10. Von der Falckensteinstraße bis zum Kottbusser Tor: Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum unter Druck

Seit der Öffnung der Mauer liegt Kreuzberg nicht mehr am Rande der Stadt, sondern wieder mittendrin. Die Mieten steigen seitdem drastisch: »Trotz weiterhin hoher Armut und moderater Bestandsmieten, zählte Kreuzberg bereits 2013 mit Angebotsmieten von durchschnittlich fast 9 Euro/qm zu den teuersten Gegenden Berlins. In kaum einem anderen Stadtteil ist die am Markt durchsetzbare Mieterhöhung bei Neuvermietung so groß wie in Kreuzberg. Diese Ertragslücke trachten Investoren mit allen Mitteln zu schließen.« So das von der »Berliner Mietergemeinschaft e.V.« herausgegebene »MieterEcho« in seiner Ausgabe vom Oktober 2015 (Nr. 377).

Das hat auch Auswirkungen auf die Gegend um die Wrangelstraße, den sogenannten »Wrangelkiez«, wie das »Mieterecho« weiter schreibt: »Rasant steigende Mieten und die Umwandlung in Eigentum, aber auch die Ausrichtung des Gewerbes auf Tourismus haben das Gesicht des Kiezes bereits stark verändert – auf Kosten des traditionellen Einzelhandels, sozialer Einrichtungen, alteingesessener Mieter/innen und ihrer gewachsenen sozialen Netzwerke.« Hier hat sich im Mai 2015 das Bündnis »Bizim Kiez« (türkisch: »Unser Kiez«) gegründet, um die Verdrängung von Mieter\_innen zu verhindern. Der Anlass war die Kündigung des Gemüseladens »Bizim Bakkal« (türkisch für: »Unser Gemüsehändler«) in der Wrangelstraße 77, den die Familie Caliskan seit 28 Jahren betreibt. »Bizim Bakkal« wurde zu einem Symbol des erfolgreichen Widerstands gegen Verdrängung: Die Eigentümerin, die »Gekko Real Estate GmbH« musste die Kündigung auf öffentlichen Druck hin zurücknehmen. Das »Mieter-Echo« bezieht sich in dem bereits zitierten Artikel auf eine Formulierung aus der »Zitty«, »der zufolge es sich bei diesem Unternehmen um einen der »bissigsten Immobilienhaie« in Berlin handele.

Vier Monate lang hat »Bizim Kiez« im Sommer 2015 immer mittwochs bunte Versammlungen vor »Bizim Bakkal« veranstaltet, mit Volksfestcharakter und unter Beteiligung von Anwohner\_innen und Künstler\_innen aller Richtungen. Ein »Bündnis solidarischer Nachbar\_innen, die vielfältige Erfahrungen und Fähigkeiten mit- und einbringen«, entstand. »Dadurch kann Bizim Kiez im Einzelfall unterstützen und Öffentlichkeit schaffen, zusätzlich aber auch Verbindungen herstellen und übergreifende politische Forderungen formulieren«, so das »Mieter-Echo« in dem bereits zitierten Artikel.

Das gilt im Großen wie im Kleinen. Zunächst das Kleine: Durch Postkartaktionen und anschließende Verhandlungen konnten die Vermieter\_innen eines Spätkaufs und eines Fahrradladens im Umkreis der Wrangelstraße überzeugt werden, die Kündigungen zurückzunehmen. Und im Großen konnte »Bizim Kiez« mit der Online-Petition »Wir sind die Stadt! Stoppt die menschenfeindliche Immobilien-Spekulation« etwa 10.000 Unterschriften sammeln. Und es geht weiter: auf der Internetseite des Bündnisses ist eine »Karte der Verdrängung« zu finden. Dort »drängen sich 90 Fähnchen im Milieuschutzgebiet Luisenstadt, besonders dicht im Wrangelkiez.« Sie machen den starken Verdrängungsdruck anschaulich, »aber sie zeigen auch das Potenzial für Kooperation und Gegenwehr. [...] Wo manche sich und ihre Nachbar\_innen bereits für resigniert erklärt hatten, konnten sie aus

der Überraschung über die plötzliche Stärke und das neue Miteinander im Kiez neue Kraft schöpfen – und die alte Frage ‚Wem gehört die Stadt?‘ mit einem selbstbewussten ‚Uns!‘ beantworten.«

In vielen Teilen Berlins gibt es vergleichbare Initiativen – so z.B. in Kreuzberg am Kottbusser Tor die Initiative »Kotti & Co« (vgl. Kap. 22). Die Berliner Initiativen für eine »Stadt für alle« haben 2015 einen »Mietenvolksentscheid« initiiert, der so erfolgreich war, dass der Senat zugesagt hat, viele Forderungen nach »Erhalt und Schaffung von preiswertem Wohnraum« von sich aus zu erfüllen.<sup>11</sup>



## 11. Die St. Marien-Liebfrauenkirche in der Wrangelstraße 50/51: Eine Kirchengemeinde informiert über antijüdische Traditionen

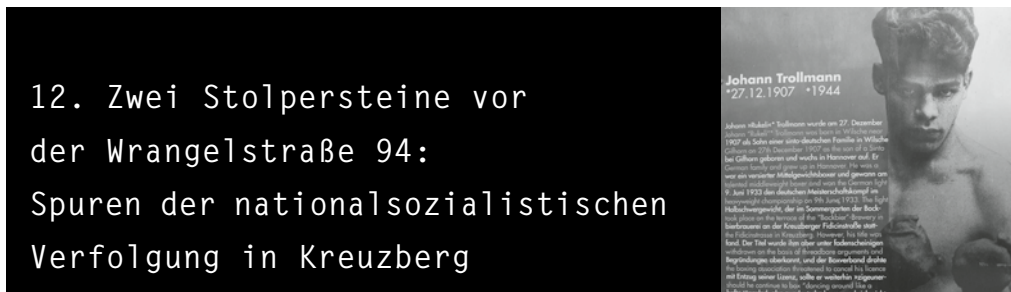
Im Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird auch die Religionsfreiheit garantiert, dazu gehören der Schutz der öffentlichen wie privaten Religionsausübung wie auch das Recht, die Religion zu wechseln. Das Verhältnis zwischen Religionen und Menschenrechten ist widersprüchlich, weil alle Religionen vielfältige Inhalte in sich tragen.

So passt das Gebot der Nächstenliebe, das in vielen Religionen, z.B. in der jüdischen, der christlichen oder der muslimischen zu finden ist, zu den Menschenrechten. Aber die Abwertung von Andersgläubigen gibt es ebenfalls – auch im Namen des Christentums – ganz zu schweigen davon, dass die Kreuzzüge oder der Kolonialismus kirchlich gerechtfertigt wurden. Die Ausgrenzung von Jüd\_innen gehört in diesen Zusammenhang. Ein Beispiel dafür findet sich an der katholischen St. Marien-Liebfrauenkirche aus dem Jahr 1905, wo eine kritische Informations-tafel auf diese Problematik hinweist: Am Hauptportal sind zwei Reliefs mit Frauenfiguren angebracht, links die Kirche (»Ecclesia«), rechts die



»Synagoga«, die für die jüdische Religion steht – mit gesenktem Kopf und verbundenen Augen. Diese negative Darstellung war im Mittelalter in Europa Teil einer abwertenden Sicht auf Jüd\_innen, die als die vermeintlich »Anderen« dargestellt wurden. Das bereitete den Boden für den Antisemitismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Heute haben viele christliche Kirchen diese verheerende Tradition überwunden. Vollkommen unabhängig von der St. Marien-Liebfrauenkirche, der dieser Vorwurf nicht zu machen ist, besteht jetzt oft die Gefahr, dass Muslim\_innen als »Andere« dargestellt werden und die gemeinsame Geschichte mit ihnen verleugnet wird (vgl. Kap. 19).

Die Gemeinde St. Marien Liebfrauen stellt sich nicht nur kritisch der eigenen Geschichte, sondern ist auch sehr engagiert, wenn es um soziale Probleme in der Gegenwart geht: so unterhält sie u.a. eine Suppenküche und eine Notübernachtungsstelle. Zu den Kooperationspartner\_innen dieser Kirchengemeinde zählen die Tamilisch-Katholische Gemeinde im Erzbistum Berlin und die »Missionaries of Charity« (Schwestern der Mutter Teresa).<sup>12</sup>



Wer sich die lebenswichtige Bedeutung der Menschenrechte klarmachen will, sollte sich auch an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern. Denn: Die »Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte« durch das NS-Regime führte zu »barbarischen Akten, [...] die das Gewissen der Menschheit empören« – so steht es in der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« von 1948. Menschenrechtlich orientiertes Gedenken an die NS-Verbrechen und ihre Opfer ist darauf ausgerichtet, die Gegenwart im Sinne der Menschenrechte

zu verbessern. Das gilt auch für die »Stolpersteine« des Künstlers Gunter Demnig, von denen es im Herbst 2014 fast 50.000 in Europa und über 6.000 in Berlin gab. Erinnert wird an Menschen, die ermordet, deportiert, verfolgt, vertrieben und in den Selbstmord getrieben wurden. Gunter Demnig will sie mit ihren Namen wieder dort sichtbar machen, wo sie gelebt haben. Auch hier ist die kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart wichtig: Mit seinem Projekt stellte sich Demnig auch gegen die Abschiebungen von Roma, die aus dem damaligen Jugoslawien geflüchtet waren.

Vor dem Haus Wrangelstraße 94 z.B. sind zwei »Stolpersteine« in den Bürgersteig eingelassen: Frieda und Siegfried Lieblich wurden im März 1943 in das KZ Theresienstadt deportiert und danach in Auschwitz ermordet. Von 6000 jüdischen Kreuzberger\_innen wurden mehr als 2000 in Lagern umgebracht. 60.000 von 160.000 jüdischen Berliner\_innen starben in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, 90.000 gelang es bis 1941 ins Ausland zu kommen, 1.400 überlebten im Untergrund. Bis zu 500.000 Sinti und Roma wurden vom nationalsozialistischen Regime ermordet.

In Kreuzberg gibt es einen Stolperstein im Gedenken an einen deutschen Sinto, in der Fidicinistraße 2: Johann Rukeli Trollmann, ein junger Boxer, wurde im Juni 1933 in Berlin Deutscher Meister im Halbschwergewicht – allerdings nur für kurze Zeit. Dieser Kampf sollte nicht gewertet werden – so wollten es die Vertreter\_innen des Regimes. Aber das Publikum erreichte durch seinen Protest, dass der Titel doch an Trollmann ging. Sechs Tage später wurde er ihm wieder entzogen, gefolgt von einer manipulierten Wiederholung des Kampfes gegen einen anderen Gegner. Trollmann durfte hier seinen besonderen Boxstil nicht anwenden und verlor. Für den Kampf hatte er sein Gesicht mit Puder weiß geschminkt und seine Haare blond gefärbt, um den Kampf als die Farce zu entlarven, die er war. 1942 wurde Johann Rukeli Trollmann in das Außenlager Wittenberge des KZ Neuengamme verschleppt und dort ermordet.<sup>13</sup>

### 13. Oppelner Straße 45: Spuren des Widerstandes in Kreuzberg



Diejenigen, die gegen das NS-Regime Widerstand leisteten, haben sich unter besonders schwierigen Bedingungen für die Menschenrechte eingesetzt. Dazu gehörten in Kreuzberg Mitglieder verschiedener sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Gruppen. Hinzu kamen christliche Kreise aus der Bekennenden Kirche. Andere gewährten bedrohten Menschen Unterschlupf. In der Oppelner Straße 45 erinnert eine Gedenktafel an Willi Sänger, einen kommunistischen Widerstandskämpfer. Sänger gelangte Anfang 1944 in den Besitz des »Deutschen Fahndungsbuches« der Gestapo. Dadurch konnte er viele Mitglieder des Widerstandes warnen. Im Juni 1944 wurde er verhaftet und im November 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordet. Vor der Hornstraße 3 in Kreuzberg erinnert eine Tafel an die Studentin Ursula Goetze, die sich hier mit anderen Mitgliedern der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack traf. 1943 wurde sie in Plötzenensee hingerichtet.<sup>14</sup>



## 14. Wrangelstraße 98: Von der Kaserne zum Oberstufenzentrum – Menschenrechte und Frieden

In der Wrangelstraße 98 befindet sich heute das Oberstufenzentrum Handel 1 – eine von 56 Berliner Schulen, die sich dem Programm »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« angeschlossen haben. Früher herrschte hier ein anderer, ein undemokratischer Geist: Das Gebäude ist Teil einer ehemaligen Kaserne, die im Kaiserreich zwischen 1874 und 1878 erbaut wurde – ein passender Ort also, um über das Verhältnis zwischen Krieg und Menschenrechten nachzudenken. Das Engagement für die Menschenrechte wird z.T. dadurch in Misskredit gebracht, dass der Westen manche Staaten, die dagegen verstoßen, bekämpft, andere aber, die das Gleiche tun, unterstützt. Dies schließt militärische Zusammenarbeit und die Führung von Kriegen mit ein. Auf die mangelnde Glaubwürdigkeit wies der Schriftsteller und Publizist Bahman Nirumand in seiner Schrift »Menschenrechte als Alibi« hin.

Ein Menschenrecht auf Frieden ist noch nicht verankert. Immerhin: Einen Vertrag zur Kontrolle des Waffenhandels hat die UN-Vollversammlung im April 2013 beschlossen. Demnach sollen keine Waffen an Staaten exportiert werden, »die damit möglicherweise gegen Menschenrechte verstoßen könnten«. Eine wenig konkrete Formulierung. Deutschland befindet sich beim Waffenexport weltweit auf Platz vier. Die Generalsekretärin von »Amnesty International Deutschland«, Selmin Çalıřkan, forderte eine »rechtlich bindende Menschenrechtsklausel für Rüstungsexporte«.<sup>15</sup>

## 15. Die Lübbener Straße 3 im Februar 1979: Instandbesetzung gegen Kaputtsanierung



Am 3. Februar 1979 besetzte die Bürgerinitiative SO 36 zwei Häuser im Wrangelkiez – in der Lübbener Straße 3 und um die Ecke in der Görlitzer Straße 74. Auf einem Transparent stand auf Türkisch und auf Deutsch das ganz praktische Motto: »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.« Das war der Auftakt zu zahlreichen »Instandbesetzungen« in Kreuzberg und anderen Teilen Berlins mit dem Ziel, die Zerstörung von Wohnraum zu verhindern. Die Besetzer\_innen stellten der sogenannten »Kaputtsanierung« ihre eigene Aufbauarbeit entgegen. Nach dem Bau der Mauer im Jahr 1961 wurden viele Altbauten in Kreuzberg erst bewusst vernachlässigt, dann abgerissen. Ruinen prägten in manchen Straßen das Bild und erinnerten an die unmittelbare Nachkriegszeit. Der Hintergrund: Die Altbauten in großen Teilen von SO 36 sollten neuen Häuserblocks weichen. So wie das 1974 fertiggestellte sog. »Neue Kreuzberger Zentrum« am nördlichen Rand des Kottbusser Tors sollte Kreuzberg auch südlich der U-Bahnlinie 1 aussehen. Ein Motiv für diese »Kahlschlagsanierung« war, dass die Berliner Bauindustrie ausgelastet werden sollte. Gegenentwürfe oder Proteste kamen von kleinen Gewerbetreibenden, aber auch aus der evangelischen Kirche. Selbsthilfeeinrichtungen, Frauengruppen, Kollektivbetriebe und Kinderläden trugen zu neuen Ansätzen bei (vgl. Kap. 21 und 26). Im Mai 1981 waren in Kreuzberg etwa 80 Häuser besetzt, in Berlin insgesamt 169. Innerhalb des Berliner Senats standen sich Befürworter\_innen einer Verhandlungslösung und einer Politik der Räumung besetzter Häuser gegenüber. Die Politik der »Behutsamen Stadterneuerung« führte in der zweiten Hälfte der 80er zur stärkeren Beteiligung der Bewohner\_innen. Die Besetzer\_innen der beiden Häuser in der Lübbener und in der Görlitzer Straße bekamen übrigens sehr schnell reguläre Mietverträge angeboten.<sup>16</sup>



## 16. Görlitzer Park: Die neue Bürgerrechtsbewegung und der Rassismus gegen Roma in Europa

Vor den Bundestagswahlen 2013 hat sich der »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma« besorgt »über die zunehmend aggressiv geführte Debatte über die Zuwanderungen vorwiegend aus Bulgarien und Rumänien« gezeigt. Der »neue Populismus in Deutschland« beziehe sich »ausschließlich auf Angehörige der Roma«. Im Sommer 2009 haben EU-Bürger\_innen aus Rumänien, die »keinen Zugang zu Wohnraum und zum Arbeitsmarkt« fanden, im Görlitzer Park übernachtet. Schon damals wurde daraufhin in Teilen der Berliner Öffentlichkeit ein Bild von Roma als »Armutsflichtlingen« gezeichnet. Dieser Begriff taucht immer wieder auf. Dabei werden Roma angebliche Eigenschaften zugeschrieben, von denen zusätzlich noch behauptet wird, sie seien typisch für ihre Kultur.

»Kulturalisierung« nennt dies Isidora Randjelović in einem Aufsatz über »Strategien und Orte widerständiger Geschichte(n) und Gegenwart(en) in Roma Communities«. Roma werden zu den »Anderen« gemacht, sie werden künstlich in ein einheitliches, homogenes Bild gepresst und »exotisiert«. Auch der Germanist Klaus-Michael Bogdal hat untersucht, wie Europa über Jahrhunderte hinweg ein Bild von Roma erfunden hat, »um sie zu verachten«. Heute ist Rassismus gegen Roma in Europa in erschreckender Weise gegenwärtig. Roma-Aktivist\_innen und Bogdal kritisieren in diesem Zusammenhang den Begriff »Antiziganismus«, da hier das traditionelle diskriminierende Wort für Roma weiter Verwendung findet.

Das »Romano-Bündnis Berlin«, ein Zusammenschluss von Roma-Selbstorganisationen, schrieb zum 8. April 2013, zum internationalen Tag der Roma: »Pogrome, rassistische Serienmorde, Segregation (von außen erzwungene Trennung, Anmerkung der Redaktion), Zwangsumsiedlungen, Zwangsdeportationen sowie rassistische mediale Hetze sind Alltag für

viele Rrom\_nj\_a in Europa«. Mit dem Beschluss Montenegro, Kosovo und Albanien zu »sicheren Herkunftsländern« zu erklären, besteht die Gefahr, dass deren Diskriminierung und Verfolgung in verschiedenen Ländern kleingeredet wird. Gerade jetzt wäre es an der Zeit, dass Deutschland in Zusammenarbeit mit Roma-Bürgerrechtsorganisationen den Schutz von Roma in ganz Europa öffentlichkeitswirksam zum Thema macht – auch vor dem Hintergrund des Porajmos (Romanes für »das Verschlingen«), des Völkermordes durch das Naziregime an den Roma. Dadurch bekäme das im Oktober 2012 endlich in Berlin eingeweihte »Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas« eine praktische politische Wirkung.

»Amaro Drom«, eine »interkulturelle Jugendselfstorganisation von Roma und Nicht-Roma«, und »Ternengo Drom e Romengo« kritisierten die erwähnte Asylrechtsverschärfung scharf: »Ein kürzlich erstelltes Rechtsgutachten von Pro Asyl weist nach, dass die Menschenrechtsslage in den Westbalkanstaaten von direkter Gewalt gegen Roma gekennzeichnet ist. Außerdem werden sie in allen Bereichen der Gesellschaft, wie Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit, ausgegrenzt. Der Ausschluss auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens kann asylrechtlich als ‚kumulative Verfolgung‘ (gemäß Artikel 9 der EU-Qualifikationsrichtlinie) anerkannt werden.« Sie fordern u.a. die »gleiche und menschenwürdige Unterbringung und Versorgung aller Geflüchteten« und die »Anerkennung der besonderen Fluchtgründe von Roma als verfolgter und diskriminierter Gruppe durch die Politik.« Diese Fluchtgründe werden in mehreren europäischen Ländern offenbar wesentlich ernster genommen als in Deutschland: so lag im Jahr 2015 die Anerkennungsquote für Asylanträge serbischer und kosovarischer Flüchtlinge in Finnland und in der Schweiz bei 40% und in Frankreich, Belgien, Großbritannien immerhin bei 20%. In Deutschland betrug der entsprechende Prozentsatz dagegen nur 0,003 %.

Bekanntlich hat es bis in die 80er Jahre gedauert, bis in der (alten) Bundesrepublik Deutschland der NS-Völkermord an den Sinti und Roma überhaupt anerkannt wurde: »Es bedurfte einer von Sinti und Roma ins Leben gerufenen Bürgerrechtsbewegung, um Verständnis nicht nur für aktuelle Diskriminierungen, sondern auch für die historische Verfolgung in der deutschen Öffentlichkeit zu wecken«. Diese Bürgerrechtsbewegung wird noch zu wenig, aber immerhin zunehmend in Politik und Medien

wahrgenommen. Dazu hat sicher auch die Gründung des »Bundes Roma Verbandes« im Jahr 2012 beigetragen, in dem 13 Organisationen vertreten sind, darunter die Frauenorganisation »Inirromnja« und das »Roma Aether Klub Theater« aus Berlin. Die Vorsitzende des »Bundes Roma Verbandes«, die Rechtsanwältin Nizaqete Bislimi, ist jüngst durch ihr Buch »Durch die Wand« bekannt geworden. Sehr bedeutsam ist auch, dass der »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma« mit seinem Vorsitzenden Romani Rose im Oktober 2015 eine Vertretung in Berlin, nämlich im Kreuzberger Aufbau-Haus eröffnet hat. In diesem Haus befindet sich bereits der Kunst- und Veranstaltungsraum »Dikhas Dur« (Romanes für: »Der Ort, an dem mensch weit sehen kann«), getragen u.a. von »RomnoKher Berlin«, der »Hildegard Lagrenne Stiftung« und der Galerie »Kai Dikhas« (»Ort des Sehens« in Romanes).

Eine »Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma«, die 2011 von Daniel Strauß, dem Vorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg des »Verbandes Deutscher Sinti und Roma«, herausgegeben wurde, hat deutlich gemacht, dass traumatische Erfahrungen durch die nationalsozialistische Verfolgung auch in der 3. Generation und bei den 14- bis 25-Jährigen spürbar sind. Gleichzeitig weist diese Untersuchung nach, dass das deutsche Bildungssystem Sinti und Roma deutlich benachteiligt. Diese Studie blieb nicht folgenlos: Die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ) hat 2015 unter dem Titel »Gemeinsam für eine bessere Bildung« Empfehlungen zur gleichberechtigten Bildungsteilhabe von Sinti und Roma in Deutschland vorgelegt. Dort wird endlich auch darauf gedrängt, Expert\_innen, die Sinti und Romn\_ja sind, gleichberechtigt zu beteiligen, denn: »Mechanismen wie Antiziganismus (= Rassismus gegen Romn\_ja/M.F.) [...] sind auch im Bereich der Wissenschaft wirksam, teilweise auch als Folge der Bildungsbenachteiligung.« Daher wird zu Recht gefordert: »Roma und Sinti bzw. ihre Organisationen sollen bei der Vergabe von finanziellen und personellen Ressourcen im Falle gleicher fachlicher Eignung vorrangig berücksichtigt werden.« An dieser Studie waren auch Vertreter\_innen der Kultusministerkonferenz und des Niedersächsischen Kultusministeriums beteiligt, sodass zu hoffen ist, dass diese Forderungen von Sinti und Romn\_ja-Selbstorganisationen endlich verwirklicht werden. Für Berlin könnte auch ein Staatsvertrag hilfreich sein, wie er in Baden-Württemberg bereits umgesetzt wurde.<sup>17</sup>



## 17. Kinderprojekte rund um den Görlitzer Park: Ein Circus am Spreewaldplatz und die UN-Kinderrechtskonvention



Rings um den Görlitzer Park gibt es zahlreiche Kinderprojekte, wie z.B. den Kinderbauernhof am Rande des Parks, das »KiKi« (Kinderkino Kreuzberg) in der Görlitzer Straße oder den Zirkus »Cabuwazi« am Spreewaldplatz. »Cabuwazi« steht für »chaotisch bunter Wanderzirkus«, entstanden ist er 1992 in einem Hinterhof in der Lausitzer Straße. Seit 1989 gibt es das »Übereinkommen über die Rechte des Kindes« (Kinderrechtskonvention, KRK), dem fast alle UNO-Mitgliedstaaten beigetreten sind. Es gilt für alle, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Der Leitgedanke der Konvention ist das Wohl des Kindes (Art. 3). Das bedeutet: »Bei allen Entscheidungen, die für Minderjährige getroffen werden, gleichviel ob von Einzelpersonen, oder von der Gesellschaft, hat deren Wohl absoluten Vorrang – auch auf Kosten der Privilegien von Erwachsenen«.

Besonders bedeutsam ist, dass Kinder nun eindeutig als Träger eigener Rechte gelten. »Sie sind somit nicht nur die Objekte von Schutz und Fürsorge durch Erwachsene, sondern sie sind auch zugleich Subjekte ihrer eigenen Entwicklung.« Neben den Beteiligungsrechten geht es in der Kinderrechtskonvention um Überlebensrechte, wie z.B. um das Recht auf Nahrung, um Entwicklungsrechte (wie etwa um das Recht auf Bildung oder Freizeit) und um Schutzrechte (z.B. um den Schutz vor Missbrauch). Zum Recht auf Gesundheit für Kinder zählt sicher auch das Recht, vor Mobbing geschützt zu werden. Was die Rechtslage anbelangt, so sind im Bereich des allgemeinen Schutzes vor Mobbing andere EU-Staaten weiter als Deutschland. Die Überlebensrechte des Kindes werden auch in Industriestaaten durch wachsende Kinderarmut verletzt, und dies besonders in Deutschland, wo laut UNICEF jedes zehnte Kind in relativer Armut lebt. Deutschland hat bis 2010 die Festlegung der KRK, dass alle Menschen unter 18 Jahren Kinder sind, für Flüchtlingskinder nicht akzeptiert.<sup>18</sup>



## 18. Der Landwehrkanal und das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser

Der Landwehrkanal ist sehr beliebt – ob zum Spaziergehen, Entenfüttern oder einfach Faulenzen. Dass es so viel Wasser in der Stadt gibt, ist ein großer Luxus – was die Wasserversorgung auch zu werden droht. Im bundesdeutschen Vergleich ist sie in Berlin mit am teuersten, und die Debatte um die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe hatte hohe Wellen geschlagen – seit September 2013 sind die Wasserbetriebe wieder vollständig öffentlich. Weltweit wird die Versorgung mit Wasser immer mehr zu einem Geschäft. 2,6 Milliarden Menschen sind nicht an sanitäre Anlagen angeschlossen. Es war also bitter nötig, dass die UN-Vollversammlung 2010 das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser als Menschenrecht anerkannt hat. Praktisch geht es bei der Umsetzung der UN-Erklärung v.a. darum, die Infrastruktursysteme zu entwickeln, um die Versorgung mit Wasser überhaupt möglich zu machen. Die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« forderte die EU nicht nur auf, den weltweiten Zugang zu sauberem Wasser zu fördern, sie hat auch in 28 Ländern 1,9 Millionen Unterschriften dafür gesammelt, dass die EU in ihrer Gesetzgebung das Recht auf Wasser garantiert und die Versorgung nicht privatisiert.<sup>19</sup>

## 19. Zwei Moscheen in der Wiener Straße: Die Vielfalt muslimischen Lebens in Kreuzberg und die Eintönigkeit der Islamfeindlichkeit



Von der Wiener Straße ausgehend lässt sich die Vielfalt muslimischen Lebens in Kreuzberg leicht erfassen: Hier befinden sich in direkter Nachbarschaft zwei Moscheen: Erstens ist da die Merkez Camii (Zentralmoschee). Auf der Ecke Wiener Straße/Manteuffelstraße steht zweitens die Omar-Ibn-Al-Khattab-Moschee, die 2008 fertiggestellt und 2010 eröffnet wurde. Um das Kottbusser Tor herum gibt es das »Islamische Kulturzentrum der Bosniaken«. Es wurde zur Zeit des Krieges im ehemaligen Jugoslawien in den frühen 1990ern für muslimische bosnische Flüchtlinge wichtig. In der Skalitzer Straße wird ein Neubau der Mevlana-Moschee errichtet. In der Waldemarstraße 20 befindet sich das »Kulturzentrum anatolischer Aleviten«, ein »Cem Evi« (»Versammlungshaus«). Da nur 20 Prozent aller Muslim\_innen in Vereinen oder Gemeinden organisiert sind, ist die Vielfalt muslimischen Lebens in Wirklichkeit noch wesentlich größer. Dennoch haben vereinfachende, negative Klischees über Muslim\_innen zugenommen. Die gestiegene Islamfeindlichkeit trägt zum Teil durchaus Züge eines antimuslimischen Rassismus. Mit diesem Begriff lässt sich erklären, »unter welchen Bedingungen« und in welchen Zusammenhängen »Menschen, die bisher als Gastarbeiter, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Fremde« gekennzeichnet wurden, »nun als Muslime wahrgenommen und diskriminiert werden«. Schon die Vorstellung von »dem Islam« ist sehr irreführend. Denn sie unterschlägt, dass religiöse bzw. kulturelle Identitäten einem Wandel unterliegen. Irreführend ist auch die Gegenüberstellung von zwei in sich einheitlichen Kulturen (»Islam« und »Christentum«), die sich angeblich gegenseitig ausschließen. 2010 berichteten »erschreckend viele« Kreuzberger Muslim\_innen »von Diskriminierungserfahrungen vor allem auf dem Arbeitsmarkt«. Diese Diskriminierungen finden auf verschiedenen Ebenen statt: Bei Frauen, die ein Kopftuch tragen etwa, spielen »Religion,

Geschlecht und z.T. auch ethnische Herkunft« eine Rolle. Verschiedene Initiativen arbeiten in Kreuzberg gegen die Diskriminierung von Muslim\_innen bzw. von »Menschen, die als Muslime wahrgenommen werden«.

Das »Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen« wird vom Projektbüro »Innsan e.V.« und vom Beratungsbüro »ADNB« (Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB, des »Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg«) getragen. Unter anderem berät es bei Diskriminierungen.<sup>20</sup>



## 20. Mariannenstraße 6: Das Frauenstadtteilzentrum »Schokofabrik«

Die Zeit der Instandbesetzungen (vgl. Kap. 15) war auch die Zeit, in der in Kreuzberg Frauen aus der autonomen Frauenbewegung ein dichtes Netzwerk von Frauenberatungsstellen auf- und ausbauten – ebenfalls in besetzten Häusern. Unter dem Motto »Von Frauen für Frauen« begann im Mai 1981 die Geschichte des Frauenstadtteilzentrums »Schokofabrik«, benannt nach der ehemaligen Schokoladenfabrik ‚Greiser und Dobriz‘, in der Mariannenstraße 6. Es ging um die Umsetzung theoretischer Ansätze der Frauenbewegung. Von Anfang an haben dabei Frauen deutscher und türkischer Herkunft zusammengearbeitet. Heute finden in der Schokofabrik u.a. kostenlose Sozial- und Rechtsberatung sowie psychosoziale Angebote statt. Ziel der dortigen Bildungsarbeit ist es auch, »Differenzen unter Frauen« sichtbar zu machen, »um Gemeinsamkeiten entwickeln zu können«.<sup>21</sup>

## 21. Die Synagoge am Fraenkelufer: Abgründe, Wiederaufbau und die Bedeutung der Menschenrechte für den Kampf gegen Antisemitismus



An der Synagoge am Fraenkelufer lässt sich sowohl das vergangene jüdische Leben in Berlin, als auch dessen Zerstörung durch das NS-Regime nachvollziehen. Zugleich ist sie ein Beispiel für die Entstehung eines neuen, jüdischen Lebens. Der Ort sollte auch Anlass sein, sich mit der Fortexistenz von Antisemitismus, von rassistischer Diskriminierung von Jüd\_innen auseinanderzusetzen und über Wege nachzudenken, wie dem begegnet werden kann. Die heutige Synagoge am Fraenkelufer wirkt recht klein und der Platz neben dem Gebäude ist unbebaut. Auf dieser Fläche stand das Hauptgebäude des ursprünglichen jüdischen Gotteshauses, das 1916 eingeweiht wurde – »wunderbar ausgestattet mit neoklassizistischen Motiven und Sitzplätzen für 2000 Gläubige.« Nach 1933 wurde die Synagoge mehrfach heimgesucht: In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannte sie so stark aus, dass sie nicht mehr als Gotteshaus genutzt werden konnte. In den Zeiten zunehmender Verfolgung der jüdischen Gemeinschaft wurde stattdessen der Seitenflügel, die Jugendsynagoge, genutzt – jenes Gebäude also, das heute erhalten ist. 1942 predigte hier die erste Rabbinerin Deutschlands, Regina Jonas, bevor sie im Oktober desselben Jahres in das KZ Theresienstadt deportiert und dann 1944 in Auschwitz ermordet wurde. Anfang 1942 besetzte die Gestapo das Gelände und stellte Militärfahrzeuge dort ab, im Hauptgebäude wurden Gegenstände gelagert, die Jüd\_innen geraubt worden waren. 1959 wurde der verbliebene Rest des ursprünglichen Gebäudes als Synagoge geweiht. Antisemitismus ist nach wie vor auch in Deutschland ein drängendes Problem. Der Soziologe Werner Bergmann verweist auf die verschiedenen Formen, die er annehmen kann. Antisemitismus war und ist zumeist mit Verschwörungsvorstellungen verbunden. Auf verschiedene Art ist

das Thema Antisemitismus in der Gegenwart oft mit dem Nahost-Konflikt verknüpft. Die einzelnen Ebenen hier darzustellen, würde zu weit führen. In jedem Fall aber muss Versuchen entgegengetreten werden, Jüd\_innen für politische Entwicklungen dort verantwortlich zu machen. Das ist schon deshalb vollkommen realitätsfern, weil es sehr unterschiedliche Ansichten von Jüd\_innen zu diesem wie zu jedem anderen Thema gibt.

»Was meinen wir, wenn wir ‚Antisemitismus‘ sagen?«, diese Frage beantwortete der in Oxford lehrende Philosoph Brian Klug in einem Vortrag, den er am 8. November 2013 im Jüdischen Museum in Kreuzberg hielt, so: Antisemitismus sei die »Feindlichkeit gegen Juden als Juden‘«. Die Anführungszeichen sind wichtig, denn sie zeigen, dass auch diesem Feindbild eine Erfindung zugrunde liegt. »Jude‘ ist eine unmissverständliche, eindeutige Bezeichnung nur in den Augen von Antisemiten«, sagt der Schriftsteller Imre Kertész, der mehrere KZs und Vernichtungslager überlebt hat und auf den sich Brian Klug bezieht. Klug zeigt Verbindungen vom Antisemitismus z.B. zum Rassismus gegen Roma und gegen Muslim\_innen auf. Eine solche Sicht kann auch helfen, gegen jedes einzelne Ressentiment wirksamer vorzugehen. Werner Bergmann empfiehlt, sich in der Bildungsarbeit an der Zukunft zugewandten menschenrechtlichen Inhalten zu orientieren, um antisemitische Ressentiments abzubauen zu helfen.

Von den Gruppen, die in Kreuzberg gegen Antisemitismus arbeiten, seien an dieser Stelle zwei benannt: »Reach Out« führt Beratungen für Opfer von Antisemitismus und Rassismus durch und ist auch in der Bildungsarbeit tätig. Auch die »Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus« (KIgA) bietet Bildungsarbeit gegen Antisemitismus an.<sup>22</sup>

## 22. Kotti & Co, das Holzhaus südlich des Kottbusser Tores: Mit Fantasie und Ausdauer wehren sich Mieter\_innen gegen ihre Verdrängung



»Wir kämpfen schon unser Leben lang mit dem Rassismus oder der sozialen Ausgrenzung, mit Hartz IV und Altersarmut in dieser Gesellschaft. Wir sind alt, wir sind jung. Wir glauben an Allah, Gott, oder einfach an eine gerechte Gesellschaft.« Unter dem Namen »Kotti & Co« ist die »Mietergemeinschaft am Kottbusser Tor« in Berlin und darüber hinaus bekannt geworden: Mieter\_innen, die in den Häusern südlich des Kottbusser Tores wohnen, verteidigen mit fantasievollen Aktionen ihr Menschenrecht auf eine bezahlbare Wohnung: »Wir tolerieren uns nicht nur. Wir sind neugierig aufeinander und begegnen uns mit Respekt. Jeder Mensch ist vielfältig. Dieses ist unsere Grundhaltung.«

Es begann im Frühsommer 2012: Damals errichtete »Kotti & Co« ein Protestzelt südlich des Kottbusser Tores, aus dem im Winter 2012/2013 ein Holzhaus wurde – das sogenannte »Gecekondu«. »Gecekondu« bedeutet auf Türkisch »nachts hingestellt, hingestellt«. Warum protestieren die Menschen von »Kotti & Co«? In ihren Häusern, die zum (ehemaligen) sozialen Wohnungsbau gehören, steigen die Mieten enorm: »Jede zweite Familie hier« gibt dafür inzwischen »40-50% ihres Einkommens« aus – »immer mehr Nachbarn« müssen »wegziehen«, so »Kotti & Co«. Die Häuser sind Eigentum der privaten Gesellschaften Hermes und GSW, »die seit über 30 Jahren Subventionen bekommen, um bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.« Die Stadt zahlt seit 2003 keine Subventionen mehr – dies nehmen die Gesellschaften zum Anlass, jährlich die Mieten zu erhöhen. »Kotti & Co« will einen »Mietenstopp für alle ‚Großsiedlungen‘« in Kreuzberg und in Neukölln erreichen (Wassertorplatz, Mariannenplatz, Düttmann-Siedlung, Rollberg-Viertel usw.) – mit einer Mietobergrenze von 4,- Euro/kalt). Der Senat soll die Häuser wieder in die Trägerschaft der öffentlichen Hand übernehmen. Kotti & Co ist auch Mitglied im »Bündnis

für eine solidarische Stadt«. »Kotti & Co« konnte 2015 in Zusammenarbeit mit ähnlichen Initiativen, wie z.B. »Bizim Kiez« (vgl. Kap. 10) weitere Erfolge erzielen.<sup>23</sup>



## 23. Auf dem Oranienplatz: Refugees fordern ihr Recht

Das »Refugee Protest Camp« am Oranienplatz in Berlin war von 2012 bis zu seiner Räumung im April 2014 ein sichtbares Zeichen der eigenständigen, selbstbewussten politischen Bewegung von Geflüchteten – nicht nur in Kreuzberg und Berlin, sondern in ganz Deutschland. Die Hauptziele waren: Die Abschaffung von Abschiebungen und die Überwindung dreier wesentlicher Elemente einer Flüchtlingsabschreckungspolitik, nämlich der Residenzpflicht, der Unterbringung von Flüchtlingen in Sammelunterkünften oder »Lagern« und des Arbeitsverbotes. Die protestierenden Refugees haben den Slogan geprägt: »We are here because you destroy our countries!« – »Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!« Die »Residenzpflicht« verwehrte Asylbewerber\_innen durch Geld- und Haftstrafen für das Verlassen ihres Landkreises das Recht auf Bewegungsfreiheit und widersprach damit dem Artikel 13 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Außerdem forderten die Refugees die Schließung aller Flüchtlingslager und die (zugleich preiswertere) Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen: »Oft sind Lager mitten im Nirgendwo gelegen. [...] Wir sind unsichtbar. Die deutschen Behörden isolieren uns bewusst von der Gesellschaft.« Für sich selbst haben die Refugees ein Bleiberecht in Berlin nicht erreichen können. Ihre Forderungen haben aber einen konkreten Einfluss auf die Flüchtlingspolitik in Deutschland ausgeübt: Die Residenzpflicht wurde 2015 durch einen Kompromiss im Bundesrat abgeschafft, dessen Kehrseite allerdings



war, dass Serbien und andere Balkanstaaten zu »sicheren Herkunftsländern« erklärt wurden. Das Arbeitsverbot für Geflüchtete ist immer mehr ins Wanken geraten: Wirtschaftsverbände wollen Geflüchtete bewusst direkt in den Arbeitsmarkt integrieren.

Der Oranienplatz ist ein Ort des Protestes gegen Unterdrückung und für die Verwirklichung der Menschenrechte geblieben: so fand hier im Juli 2015 ein Konzert in Solidarität mit dem kurdischen Widerstand in der im nördlichen Syrien gelegenen Stadt Kobane statt, bei dem auch der demokratische Aufbau dort durch Spenden unterstützt wurde.<sup>24</sup>

## 24. Oranienstraße 34 - vom ersten Leiser-Schuhgeschäft zum »Familiengarten«



In der Oranienstraße 34 befindet sich das »Nachbarschaftshaus für interkulturelle Begegnung ORA 34«. Es entstand in den 1980ern. 1891 wurde hier das erste Leiser-Schuhgeschäft eröffnet. Im Hinterhof lädt der »Familiengarten« des Nachbarschaftscafés des Vereins »KOTTI e.V.« ein, der viele weitere Einrichtungen im sozialpädagogischen Bereich – wie etwa ein Schülerhaus an der Nürtingen Grundschule – unterhält und z.B. eine »Bildungsbrücke« für Frauen in türkischer und deutscher Sprache gebaut hat.

In der »JugendKulturEtage Mosaik« werden künstlerische Talente »ausprobiert und weiterentwickelt«. Der »Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.« mit seinen über 70 Mitgliedsorganisationen hat seine Räume hier und »IAF«, der »Verband binationaler Familien und Partnerschaften«. Außerdem sind hier der »Polnische Sozialrat« und die »Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus« (KIgA) zu finden.<sup>25</sup>



## 25. Waldemarstraße 36: Das HeileHaus und das Menschen- recht auf Gesundheit

1981 entstand, ebenfalls durch eine Hausbesetzung, das »HeileHaus«, ein selbstverwaltetes Gesundheitsprojekt. Mit »aktivierenden Angeboten« will es »den Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit, Resignation, Perspektivlosigkeit, Fehlernährung und Bewegungsmangel, Stress, Aggressionen und Drogenmissbrauch entgegenwirken«. Von diesem Projekt aus ist es nur ein Sprung zum Menschenrecht auf Gesundheit, das im Sozialpakt (vgl. Kap. 8) zu finden ist. Damit sieht es weltweit eher katastrophal aus. In der Erklärung »Menschenrechte als unbedingte Teilhaberechte« heißt es: »Noch immer sterben alljährlich Millionen von Menschen an Krankheiten, die gut behandelbar wären. Vor allem im globalen Süden ist das Recht auf Gesundheit meist nur bloßer Schein.« Und weiter: »Ein Drittel der Weltbevölkerung kann sich nicht einmal lebensnotwendige Arzneimittel leisten. Dem entspricht dann, dass Menschen, die in Einkommensarmut leben, auch in den Ländern des Nordens und so auch in Deutschland eine bedeutend geringere Chance auf ein gesundes Leben haben.«<sup>26</sup>

## 26. Die Naunynstraße und das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe



Die Naunynstraße steckt voller Kultur. Da ist Niyazi, den der deutsche Dichter Aras Ören zum Leben erweckt hat: »Was will Niyazi in der Naunynstraße?« heißt sein 1973 erschienenes Poem, in dem es um das Exil der ersten Einwander\_innen aus der Türkei in Deutschland geht. Und da ist die »Naunynritze«, eines der »kreativsten Jugendzentren in Berlin«, wie die Berliner Zeitung schrieb. Ein Ort, »über den viele Eltern dankbar nur Gutes zu berichten wissen.« Und schließlich ist hier natürlich das berühmte »Ballhaus Naunynstraße« – ein besonderes Theater in einer ehemaligen Tanzstätte aus dem 19. Jahrhundert. Viel später hat Shermin Langhoff, die von 2008 bis 2013 künstlerische Leiterin des Hauses war, hier mit ihren Kolleg\_innen das »postmigrantische Theater« entwickelt. Auch im Begriff »postmigrantisch« wird das Ziel eines gleichberechtigten »Lebens nach Migration« erkennbar (vgl. Kap. 4). Diesem Ziel fühlt sich das künstlerische Team des Ballhauses auch unter der Leitung Wagner Carvalhos weiter verpflichtet. Ein spannendes Theaterprogramm ganz im Sinne der Menschenrechte wird hier geboten. Das »Recht auf kulturelle Teilhabe« ist im Artikel 15 des »Sozialpakts« verankert. Dieses Recht garantiert die Teilnahme am kulturellen und wissenschaftlichen Leben für alle. Festgelegt ist auch, dass alle unterzeichnenden Staaten des Sozialpaktes die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst achten müssen.<sup>27</sup>



## 27. Das Bethanien am Mariannenplatz: Emanzipatorische Projekte und Künstler\_inneninitiativen unter einem Dach

Das Bethanien am Mariannenplatz wurde von 1847 bis 1970 als Krankenhaus genutzt. Heute ist es geprägt von zwei unterschiedlichen Gruppen: Künstler\_innen und Kulturschaffende im Haupthaus und soziale Initiativen in den beiden Seitenflügeln. Diese beiden Nebengebäude wiederum stehen für zwei Generationen von Hausbesetzer\_innen: 1971 – nach einem Konzert der legendären Musikgruppe »Ton Steine Scherben« – kam es zur Besetzung des ehemaligen Schwesternwohnheims, aus der das »Georg-von-Rauch-Haus« (»Jugend- und Kulturzentrum Kreuzberg e.V.«) hervorging. 34 Jahre später, 2005, besetzten Menschen den linken Seitenflügel, der schließlich zum »New Yorck 59« wurde. Dort haben eine Reihe emanzipatorischer Projekte ihren Sitz, die feministisch ausgerichtet sind, die Rechte von Geflüchteten unterstützen, für soziale Rechte eintreten (»Steigende Mieten stoppen!«, »Kampagne gegen Zwangsumzüge«) und im Internationalismus-Bereich tätig sind – so auch zwei Kinoprojekte: das »Latino Kino« und das »Sinema Jazeera«.<sup>28</sup>

# Anmerkungen

Die Anmerkungen und Kurzbelege beziehen sich jeweils auf ein Kapitel der Broschüre. Die erweiterten Literaturhinweise finden Sie im Literaturverzeichnis.

1 Bielefeldt, Menschenrechtlicher Universalismus, S. 106  
Arntz, Ein Leben für die Menschenrechte. Die »Internationale Liga für Menschenrechte« ([www.ilmr.de](http://www.ilmr.de)) als deutsche Sektion der »FIDH« ([www.fidh.org/en](http://www.fidh.org/en)) hat zusammen mit zahlreichen anderen Menschenrechtsgruppen ihr Büro im »Haus der Demokratie und Menschenrechte« im Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg ([www.hausderdemokratie.de](http://www.hausderdemokratie.de)): Dort befinden sich z.B. das »Forum Menschenrechte« ([www.forum-menschenrechte.de](http://www.forum-menschenrechte.de)) und der Bezirk Berlin-Brandenburg der deutschen Sektion von »Amnesty International« ([www.amnesty-bb.de/](http://www.amnesty-bb.de/)).

2 Kilomba, Plantation Memories, S. 42f.  
Menschenrechteerklärung. The Universal Declaration of Human Rights – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, S. 71-73.

Zumach, Deutschland auf halber Strecke.

Open Society Justice Initiative, Gleichberechtigung an deutschen Schulen. Eggers, Diskriminierung an Berliner Schulen, S. 9.

Beispiele für antirassistische Initiativen in Kreuzberg: »Allmende e.V.« (Haus Alternativer Migrationspolitik und Kultur, [www.allmendeberlin.de](http://www.allmendeberlin.de)); »anti-bias-netz« ([www.anti-bias-netz.org/](http://www.anti-bias-netz.org/)); »Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg« ([www.adnb.de/de/](http://www.adnb.de/de/)); »Antirassistische Initiative Berlin« ([www.anti-rar.de/](http://www.anti-rar.de/)); »Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« (<http://reachoutberlin.de/>).

3 UNHCR, Weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht.

BerlinOnline, Umfrage: BerlinerInnen sind gegenüber Flüchtlingen weiter auf Willkommenskurs.

Die Internetadressen der erwähnten Organisationen sind:

<http://kreuzberg-hilft.com/>; <http://moabit-hilft.com/>; [www.fluechtlingsrat-berlin.de/](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/); [www.kub-berlin.org/](http://www.kub-berlin.org/); [www.kirchenasyl.de/](http://www.kirchenasyl.de/).

Informationen über die Flüchtlingskirche St. Simeon finden sich unter: [www.fluechtlingskirche.de/](http://www.fluechtlingskirche.de/).

Das Selbstverständnis des »Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migranten« (BBZ) lässt sich hier nachlesen: [www.bbzbberlin.de/ueber-uns/hintergrund.html](http://www.bbzbberlin.de/ueber-uns/hintergrund.html).

Ein Mitschnitt der Rede von Canan Bayram, die sie in der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses vom 8.10.2015 gehalten hat, findet sich unter: [www.rbb-online.de/imparlament/berlin/2015/08-oktober-2015/08-oktober-2015---70--Sitzung-des-Berliner-Abgeordnetenhauses.html](http://www.rbb-online.de/imparlament/berlin/2015/08-oktober-2015/08-oktober-2015---70--Sitzung-des-Berliner-Abgeordnetenhauses.html).

4 Bielefeldt, Zum Innovationspotenzial der UN Behindertenrechtskonvention.

5 Wikipedia, Menschenlandschaft Berlin.

Frisch, Vorwort zu Alexander J. Seiler: Siamo italiani, S. 7.

Kotti & Co, Rassismus und Verdrängung.

Jonuz, Leben in einer Gesellschaft mit Rassismushintergrund. Leben nach Migration.

Spieß, Die Wanderarbeitnehmerkonvention.

6 Menschenrechteerklärung. The Universal Declaration of Human Rights – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, S. 57.

Amnesty International, Report 2014/15.

Humanistische Union, Verfassungsschutz und NSU.

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Kampagne »Stop Racial Profiling«.

Kremer, »Racial Profiling«.

Amnesty International, Deutschland muss Empfehlungen des UN-Antifolterausschusses umsetzen!

Break the Silence. Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V., Pressekonferenz. Moussaoui/Pagonakis/Overath, Tod in der Polizeizelle.

7 Dobler, Von anderen Ufern.

Netzwerk Diskriminierungsfreie Szenen für alle, »Miteinander – Füreinander«. QUEERAMNESTY, Vereinte Nationen, Die Hohe UN-Kommissarin für Menschenrechte gibt einen bahnbrechenden Bericht zur sexuellen Orientierung und Gender-Identität heraus.

Begriffserklärung »LSBTIQ«: »L« »S« und »B« steht für lesbisch, schwul, bisexuell; »T\*« (Trans\*) für alle Menschen, die sich einem anderen Geschlecht zugehörig fühlen, als dem, in das sie geboren wurden; »I« meint intersexuelle Menschen und »Q« bezeichnet queere Menschen, wobei queer ein Begriff für Lebensweisen ist, die sich nicht von der Norm bestimmen lassen möchten. Yılmaz-Günay, Karriere eines konstruierten Gegensatzes.

Jugendnetzwerk: Lambda Berlin-Brandenburg e.V., Unisex-Toiletten Diskussion.

8 Merger, Universalismus, Relativismus, Gleichheit und Differenz.

Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung, UN-Resolution 1325.

De Gouges, Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin.

Reiniger/Torenz, Feminismus, S. 303.

Wikipedia, Sojourner Truth.

Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA): A short biography of Martyred Meena.

Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 67, 71.

TIO, Selbstdarstellung.

Elişi Evi, Beratung und Bildung für Migrantinnen in Berlin Kreuzberg.

Hydra, Geschichte einer Hurenorganisation.

Kelly, Colors of Feminism.

Kilomba, Plantation Memories, S. 54-62.

9 Amnesty International, Mit Menschenrechten gegen Armut – Wohnen. medico international, Erklärung von NGOs und sozialen Bewegungen zum 60. Jahrestag der Menschenrechte.

Steinberger, "Schäbiges Raubgesindel«.

10 Quartiersmanagement Berlin, Familien- und Nachbarschaftszentrum Wrangelkiez.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Was ist ein Mehrgenerationenhaus?

Mahler, Menschenrechte. Reichenberger Kiez, Kreuzberger Erklärung.

11 Bizim Kiez, An die Politik.

Otto, Kathrin, Unser Kreuzberg (Artikel MieterEcho alle Zitate sind diesem Artikel entnommen).

12 Attia, Antimuslimischer Rassismus, S. 4.

13 Menschenrechteerklärung. The Universal Declaration of Human Rights – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, S. 55.

Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 101.

Lauré al-Samarai, geschichtssplitter. Unangepasst sichtbar, S. 206f.

Aktives Museum, Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin.

14 Sandvoß, Widerstand in Kreuzberg.

Wikipedia, Willi Sänger.

Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 98.

15 Nirumand, Menschenrechte als Alibi.

Zumach, Abkommen zum Waffenhandel.

Aktion Aufschrei, Grenzen öffnen für Menschen.

Greive/ Pauly/ Setzer, Rüstungsexporte.

Großmann/ Das Gupta, Manche haben eine Blockade.

16 Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 133-146.

17 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Bundespräsident möge Parteien auffordern. Randjelovič, »Auf vielen Hochzeiten spielen«.

Ebbinghaus, Europa erfindet die Zigeuner, um sie zu verachten.

Inirromnja, Internationaler Tag der Rrom\_nja.

Amaro Drom e.V., Unvereinbar mit dem Grundrecht auf Asyl.

Bündnis 90/Die Grünen, Fakten gegen Parolen.

Der Paria, Um vier Uhr nachts.  
Benz, Der Holocaust, S. 100.  
Bundes Roma Verband, Über uns.  
Strauß, Zur Bildungssituation von deutschen Sinti und Roma.  
Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ), Gemeinsam für eine bessere Bildung.  
Verband Deutscher Sinti und Roma. Landesverband Baden-Württemberg, Das Land Baden-Württemberg unterzeichnet Staatsvertrag mit den Sinti und Roma.  
18 Kinderbauernhof auf dem Görlitzer e.V., Rahmenkonzept des Kinderbauernhofs.  
Cabuwazi, Wie alles anfang.  
Vuesch e.V., Jugendbereich.  
Brisset, Menschenrechte für die Schwächsten.  
Deutsches Institut für Menschenrechte, Unterrichtsmaterialien zur Menschenrechtsbildung, S. 1f.  
19 Wikipedia, Recht auf Zugang zu sauberem Wasser.  
Kampagne »Wasser ist ein Menschenrecht«, Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger.  
Winkler, Lebenselixier und letztes Tabu.  
20 Shooman, »Kultur« statt »Rasse«.  
Attia, Antimuslimischer Rassismus, S.3f.  
Nofal, Aktiv gegen Diskriminierung von Muslimen, S. 20.  
21 Frauenzentrum Schokofabrik, 30 Jahre Frauenzentrum Schokofabrik.  
Berger, Berlin freiheitlich und rebellisch, S. 300.  
22 Wesner, Kreuzberg S. 144-149.  
Zitat »Wunderbar ausgestattet«: Das jüdische Berlin heute, S. 24.  
Bartels, Soziologe Werner Bergmann im Interview.  
Klug, Was meinen wir, wenn wir 'Antisemitismus' sagen?  
ReachOut, Bildungsarbeit.  
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, PERSPEKTIVEN.  
23 Kotti & Co, Merhaba, Salam.  
Kotti & Co, Unglaublich für Berlin.  
24 News of Berlin Refugee Movement – from inside, Our Demands.  
Außerdem: <http://refugeesrevolution.blogspot.de/about/>, abgerufen am 12.12.2015.  
25 Zahn, Die Anfänge des Schuhhauses »Leiser«.  
KOTTI e.V., Mitmachen.  
Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), Über uns.  
Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Binationales Leben in Deutschland.  
Radioeins rbb, Polnischer Sozialrat.  
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA), PERSPEKTIVEN.  
26 HeileHaus e.V., Unser Konzept.  
medico international, Erklärung von NGOs und sozialen Bewegungen zum 60. Jahrestag der Menschenrechte.  
27 Wikipedia, Artikel Was will Niyazi in der Naunynstraße.  
Ören, Was will Niyazi in der Naunynstraße.  
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, S. 70.  
Schlagenwerth, Neco von der Naunynritze.  
BerlinBühnen, Ballhaus Naunynstraße.  
28 Düspohl, Kleine Kreuzberggeschichte, S. 132.  
Georg von Rauch-Haus, Geschichte.  
Künstlerhaus Bethanien, Mission Statement.  
New Yorck im Bethanien, Besetzen im 21. Jahrhundert.

# Literaturverzeichnis

- Aktion Aufschrei: Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen. [www.aufschrei-waffenhandel.de/Forderungen-Ziele.65.0.html](http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Forderungen-Ziele.65.0.html), abgerufen am 11.12.2015.
- Aktives Museum. Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.: Koordinierungs-stelle Stolpersteine Berlin im Aktiven Museum. [www.aktives-museum.de/stolpersteine/](http://www.aktives-museum.de/stolpersteine/), abgerufen am 11.12.2015.
- Amaro Drom e.V.: Unvereinbar mit dem Grundrecht auf Asyl. Amaro Drom und Ternengo Drom e Romengo kritisieren die geplante Asylrechtsverschärfung und stellen Forderungen für den Umgang mit Geflüchteten vom Balkan. Pressemitteilung vom 13.10.2015. <http://amarodrom.de/pressemitteilung-von-amaro-drom-und-ternengo-drom-e-romengo>, abgerufen am 13.12.2015.
- Amnesty International: Report 2014/15. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte, Frankfurt a.M. 2015.
- Amnesty International (Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.): »Amnesty: Deutschland muss Empfehlungen des UN-Antifolterausschusses umsetzen!«, in: Amnesty International: Kampagne – Mehr Verantwortung bei der Polizei, 5.12.2011. [www.amnestypolizei.de/aktuell/amnesty-deutschland-muss-empfehlungen-des-un-antifolterausschuss-umsetzen](http://www.amnestypolizei.de/aktuell/amnesty-deutschland-muss-empfehlungen-des-un-antifolterausschuss-umsetzen), abgerufen am 9.12.2015.
- Amnesty International (Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.): Mit Menschenrechten gegen Armut – Wohnen. In Würde. [www.amnesty.de/mit-menschenrechten-gegen-armut/wohnen-wuerde/das-recht-auf-wohnen-stoppt-rechtswidrige-zwangsraeumu](http://www.amnesty.de/mit-menschenrechten-gegen-armut/wohnen-wuerde/das-recht-auf-wohnen-stoppt-rechtswidrige-zwangsraeumu), abgerufen am 9.12.2015.
- Arntz, Dirk: Ein Leben für die Menschenrechte. Denkschrift für Alisa Fuss, Berlin 2009.
- Attia, Iman: Antimuslimischer Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen, Und du?, S. 3-6.
- Ayim, May: Grenzenlos und unverschämt, Berlin 1997.
- Bartels, Johanna: Soziologe Werner Bergmann im Interview: »Antisemitismus – ein Versuch, die Schuld abzuwehren«, in: [tagesschau.de](http://tagesschau.de), 23.01.2012. [www.tagesschau.de/inland/antisemitismus110.html](http://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus110.html), abgerufen am 12.12.2015.
- Benz, Wolfgang: Der Holocaust, 7. Aufl., München 2013.
- Berger, Joachim: Berlin freiheitlich und rebellisch, Berlin o.J. (1987).
- BerlinBühnen: Ballhaus Naunynstraße. [www.berlin-buehnen.de/de/buehnen/ballhaus-naunynstrasse/](http://www.berlin-buehnen.de/de/buehnen/ballhaus-naunynstrasse/), abgerufen am 13.12.2015.
- Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Juden in Kreuzberg. Fundstücke. Fragmente. Erinnerungen, Berlin 1991.
- BerlinOnline: Umfrage: BerlinerInnen sind gegenüber Flüchtlingen weiter auf Willkommenskurs. [www.berlinonline.de/tiergarten/nachrichten/4153069-4015964-umfrage-berlinerinnen-sind-gegenueber-fl.html](http://www.berlinonline.de/tiergarten/nachrichten/4153069-4015964-umfrage-berlinerinnen-sind-gegenueber-fl.html), abgerufen am 9.12.2015.
- Bielefeldt, Heiner: Menschenrechtlicher Universalismus ohne eurozentrische Verkürzung, in: Günter Nooke, Georg Lohmann, Gerhard Wahlers (Hg.): Gelten Menschenrechte universal? Freiburg i.B. 2008, S. 98-141.
- Bielefeldt, Heiner: Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechts-konvention, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, Berlin 2009 (Deutsches Institut für Menschenrechte, Essay No.5).
- Bizim Kiez: An die Politik: Schützt endlich unsere Kieze! [www.bizim-kiez.de/](http://www.bizim-kiez.de/), abgerufen am 13.12.2015.
- Böll. Thema 3/2008: Menschenrechte sind nicht teilbar.
- Break the Silence. Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.: Pressekonferenz in Anwesenheit internationaler Gutachter und Experten/27.10.2015/Berlin. <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/2015/10/12/pressekonferenz-am-27-10-2015-in-berlin/>, abgerufen am 13.12.2015.
- Brisset, Claire: Menschenrechte für die Schwächsten. Seit 20 Jahren gibt es eine UN-Konvention zum Schutz der Kinder, in: Le Monde Diplomatique, November 2009.



Bündnis 90/Die Grünen: Fakten gegen Parolen. [www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/20150928\\_Fakten\\_gegen\\_Parolen-Farbe\\_WEB.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/20150928_Fakten_gegen_Parolen-Farbe_WEB.pdf).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Was ist ein Mehrgenerationenhaus? [www.mehrgenerationenhaeuser.de/mehrgenerationenhaeuser/was-ist-ein-mehrgenerationenhaus/](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/mehrgenerationenhaeuser/was-ist-ein-mehrgenerationenhaus/), abgerufen am 12.12.2015.

Bundes Roma Verband: Über uns. <http://bundesromaverband.de/uber-uns/>, abgerufen am 13.12.2015.

Cabuwazi: Wie alles anfang. Vom Kreuzberger Hinterhof zu einem der größten Kinder- und Jugendzirkusse in Europa. [www.cabuwazi.de/kinderzirkus\\_jugendzirkus\\_cabuwazi\\_berlin/cabuwazi\\_geschichte\\_history.de.htm](http://www.cabuwazi.de/kinderzirkus_jugendzirkus_cabuwazi_berlin/cabuwazi_geschichte_history.de.htm), abgerufen am 12.12.2015.

Das jüdische Berlin heute. Ein Wegweiser von Andrew Roth /Michael Frajman, Berlin 1998.

De Gouges, Olympe: Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin, 14.09.1791. <http://olympede-gouges.info/frauenrechte/#erklaerung>, abgerufen am 13.12.2015.

Der Paria: Um vier Uhr nachts. Junge Kosovarin mit Sohn abgeschoben, in: Der Paria, 10.05.2015. <https://derparia.wordpress.com/2015/05/10/um-vier-uhr-nachts-junge-kosovarin-mit-sohn-abgeschoben/>, abgerufen am 12.12.2015.

Deutsches Institut für Menschenrechte: Unterrichtsmaterialien zur Menschenrechtsbildung: Kinderrechte, Ausgabe 4, Berlin 2006.

Dobbert, Steffen und Nadine Oberhuber: Flüchtlinge - Haben wir wirklich keinen Platz mehr in Deutschland? In: Die Zeit, 18.08.2015. [www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/fluechtlinge-deutschland-mythen](http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/fluechtlinge-deutschland-mythen), abgerufen am 13.12.2015.

Dobler, Jens: Von anderen Ufern: Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen in Kreuzberg und Friedrichshain, Berlin 2003.

Düspohl, Martin (Hg.): Kleine Kreuzberggeschichte, hrsg. vom Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2012.

Ebbinghaus, Uwe: Europa erfindet die Zigeuner, um sie zu verachten, Interview mit Klaus-Michael Bogdal, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.03.2013. <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/geisteswissenschaften/interview-mit-klaus-michael-bogdal-europa-erfindet-die-zigeuner-um-sie-zu-verachten-12111100.html>, abgerufen am 12.12.2015.

Eggers, Maureen Maisha: Diskriminierung an Berliner Schulen benennen. Von Rassismus zu Inklusion, in: Leben nach Migration, Newsletter des Migrationsrates Berlin, Nr.8, 2013, S.9-13. MRBB-NL-2013-08-Leben nach Migration.pdf, abgerufen am 12.12.2015.

El Moussaoui, Naima, Pagonis Pagonakis, Margot Overath: Tod in der Polizeizelle - Warum starb Oury Jalloh? Monitor vom 15.10.2015. [www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/tod-in-der-polizeizelle-100.html](http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/tod-in-der-polizeizelle-100.html), abgerufen am 12.12.2015.

Elîşi Evi: Beratung und Bildung für Migrantinnen in Berlin Kreuzberg. [www.elisi-evi.de/index.php](http://www.elisi-evi.de/index.php), abgerufen am 13.12.2015.

Frauzentrum Schokofabrik: 30 Jahre Frauzentrum Schokofabrik, Berlin 2011. Download unter: [www.schokofabrik.de/](http://www.schokofabrik.de/), abgerufen am 12.12.2015.

Frisch, Max: Vorwort zu Alexander J. Seiler: Siamo italiani – Die Italiener. Gespräche mit italienischen Arbeitern in der Schweiz, Zürich 1965.

Georg von Rauch-Haus: Geschichte. [www.rauchhaus1971.de/index.php](http://www.rauchhaus1971.de/index.php), abgerufen am 13.12.2015.

Gössner, Rolf: Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der »Heimatfront«, Hamburg 2007.

Greive, Martin, Marcel Pauly, Jutta Setzer: Rüstungsexporte. An diese Staaten liefert Deutschland Kriegswaffen. Das Geschäft mit dem Tod ist lukrativ: Deutschland exportiert für Milliarden Rüstungsgüter, in: Die Welt, 24.06.2015. [www.welt.de/politik/deutschland/article142972724/An-diese-Staaten-liefert-Deutschland-Kriegswaffen.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article142972724/An-diese-Staaten-liefert-Deutschland-Kriegswaffen.html), abgerufen am 11.12.2015.

Großmann, Viktoria, Oliver Das Gupta: Manche haben eine Blockade im Kopf, Interview mit Selmin Caliskan, Generalsekretärin von Amnesty Deutschland, in: »Süddeutsche Zeitung«, 28.02.2013.

- [www.sueddeutsche.de/politik/neue-amnesty-chefin-selmin-alkan-manche-haben-eine-blockade-im-kopf-1.1611464](http://www.sueddeutsche.de/politik/neue-amnesty-chefin-selmin-alkan-manche-haben-eine-blockade-im-kopf-1.1611464), abgerufen am 11.12.2015.
- Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung: UN-Resolution 1325, Berlin 2010. [www.gwi-boell.de/de/2010/06/02/un-resolution-1325](http://www.gwi-boell.de/de/2010/06/02/un-resolution-1325), abgerufen am 11.12.2015.
- Gürsel, Duygu, Zülfükar Çetin & Allmende e.V. (Hg.): Wer MACHT Demo\_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen, Münster 2013.
- Ha, Kien Nghi, Nicola Lauré Al-Samarai, Sheila Mysorekar: *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*, 1.Aufl., Münster 2007.
- HeileHaus e.V.: Unser Konzept. [www.heilehaus-berlin.de/konzept.html](http://www.heilehaus-berlin.de/konzept.html), abgerufen am 9.12.2015.
- Holm, Andrej: Die Stadt für alle – ein absurder Traum. Als Stadtsoziologe fordert Andrej Holm mehr Auflagen in der Baupolitik – ein Gespräch über Gentrifizierung. Erschienen in: Süddeutsche Zeitung, 2.12.2013, Interviewerin: Laura Weissmüller. <https://gentrificationblog.wordpress.com/2013/12/02/interview-die-stadt-fur-alle-ein-absurder-traum-sueddeutsche-zeitung/>, abgerufen am 9.12.2015.
- Humanistische Union: Verfassungsschutz und NSU. [www.verfassung-schuetzen.de/wissen/verfassungsschutz-und-nsu/](http://www.verfassung-schuetzen.de/wissen/verfassungsschutz-und-nsu/), abgerufen am 9.12.2015.
- Hydra. Treffpunkt und Beratung für Prostituierte: Geschichte einer Hurenorganisation. <http://www.hydra-berlin.de/verein/geschichte/>, abgerufen am 9.12.2015.
- Inirromnja: Internationaler Tag der Rom\_nja in Berlin 2013. <https://inirromnja.wordpress.com/2013/04/20/user-erster-artikel/>, abgerufen am 12.12.2015.
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD): Kampagne »Stop Racial Profiling«. <http://isdonline.de/projekte/kampagne-stop-racial-profiling/>, abgerufen am 9.12.2015.
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 19.12.1966, in: Menschenrechte. Ihr Internationaler Schutz, S. 22-38.
- Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 19.12.1966, in: Menschenrechte. Ihr Internationaler Schutz, S. 65-73.
- Jonuz, Elizabeta: Leben in einer Gesellschaft mit Rassismushintergrund, in: Heinrich Böll Stiftung: Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal – Dossier Perspektiven und Analysen von Sinti und Rroma in Deutschland, Berlin 2014. <https://heimatkunde.boell.de/2014/12/03/leben-einer-gesellschaft-mit-rassismushintergrund>, abgerufen am 9.12.2015.
- Jugendnetzwerk: Lambda Berlin-Brandenburg e.V.: Unisex-Toiletten Diskussion: Jugendnetzwerk Lambda schenkt Bildzeitung einen Workshop zum Thema »Gender und Trans\*«, Berlin 2013. [www.lambda-bb.de/wp-content/uploads/2012/12/Pressemitteilung\\_Lambda-BB\\_01-2013.pdf](http://www.lambda-bb.de/wp-content/uploads/2012/12/Pressemitteilung_Lambda-BB_01-2013.pdf), abgerufen am 11.12.2015.
- Kampagne »Wasser ist ein Menschenrecht«: Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger – Erfolg für das Menschenrecht auf Wasser, 8.09.2015. [www.right2water.eu/de/node/532](http://www.right2water.eu/de/node/532), abgerufen am 9.12.2015.
- Kelly, Natasha A.: Colors of Feminism, 4.06.2013. [www.natashaakelly.com/colors-of-feminism/](http://www.natashaakelly.com/colors-of-feminism/), abgerufen am 11.12.2015.
- Kilomba, Grada: *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*, Münster 2010.
- Kinderbauernhof auf dem Görlitzer e.V.: Rahmenkonzept des Kinderbauernhofs auf dem Görlitzer e.V. [www.kinderbauernhofberlin.de/ueber\\_uns\\_konzept.html](http://www.kinderbauernhofberlin.de/ueber_uns_konzept.html), abgerufen am 12.12.2015.
- Klug, Brian: Was meinen wir, wenn wir 'Antisemitismus' sagen? Übersetzung von Katja Schickel aus: What Do We Mean When We Say 'Antisemitism'?, Echoes of shattering glass, öffentlicher Vortrag gehalten am 8.11.2013 auf der Konferenz: Antisemitism in Europe Today: the Phenomena, the Conflicts. Jüdisches Museum Berlin, 8./9.11.2013. <http://www.letnapark-prager-kleine-seiten.com/brian-klug.html>, abgerufen am 13.12.2015.
- KOTTI e.V.: Mitmachen – Mitreden – Mitgestalten. [www.kotti-berlin.de/index.php](http://www.kotti-berlin.de/index.php), abgerufen am 8.12.2015.
- Kotti & Co: Merhaba, Salam und schönen guten Tag, Berlin 2012. <http://kottiundco.net/2012/08/03/merhaba-salam-und-schonen-guten-tag/>, abgerufen am 8.12.2015.

Kotti & Co: Rassismus und Verdrängung in Stichpunkten, Berlin 2012. <http://kottiundco.net/2012/08/16/rassismus-verdrangung-in-stichpunkten/>, abgerufen am 8.12.2015.

Kotti & Co: Unglaublich für Berlin – trotzdem nicht genug, 9.10.2015. <http://kottiundco.net/2015/10/09/unglaublich-fuer-berlin-trotzdem-nicht-genug/>, abgerufen am 13.12.2015.

Kremer, Hendrik: »Racial Profiling« – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei, Berlin 2013. [www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/racial-profiling-menschenrechtswidrige-personenkontrollen-nach-22-abs-1-a-bundespolizeigesetz/](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/racial-profiling-menschenrechtswidrige-personenkontrollen-nach-22-abs-1-a-bundespolizeigesetz/), abgerufen am 9.12.2015.

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA): PERSPEKTIVEN. Politische Bildung für die Migrationsgesellschaft, Newsletter Nr. 10, Dezember 2015. [www.kigaberlin.org/index.php?mact=News,cntnt01,detail,0&cntnt01articleid=102&cntnt01origid=96&cntnt01pagelimit=5&cntnt01returnid=96&hl=de\\_DE](http://www.kigaberlin.org/index.php?mact=News,cntnt01,detail,0&cntnt01articleid=102&cntnt01origid=96&cntnt01pagelimit=5&cntnt01returnid=96&hl=de_DE), abgerufen am 9.12.2015.

Künstlerhaus Bethanien: Mission Statement. [www.bethanien.de/kunstlerhaus-bethanien/mission-statement/](http://www.bethanien.de/kunstlerhaus-bethanien/mission-statement/) abgerufen am 12.12.2015.

Laubach, Birgit: Apropos Menschenrechte: Schutz vor Völkermord. Das neue UN-Konzept Responsibility to Protect (R2P), in: Böll. Thema 3/2008: Menschenrechte.

Lauré al-Samarai, Nicola: geschichtssplitter. Unangepasst sichtbar: Johann Rukeli Trollmann, in: Ha/ Lauré al Samarai/Mysorekar (Hg.), S. 206f.

Leben nach Migration. Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg. [www.mrbbb.de/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=22&Itemid=33](http://www.mrbbb.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=22&Itemid=33), abgerufen am 8.12.2015.

Mahler, Claudia: Menschenrechte: Keine Frage des Alters? Berlin 2013. [www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/menschenrechte-keine-frage-des-alters-1/](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/menschenrechte-keine-frage-des-alters-1/).

MBR & APABIZ (Hg.): Berliner Zustände 2011. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus und Rassismus, Berlin 2012. [www.apabiz.de/publikation/broschueren/BerlinerZustaende2011\\_web.pdf](http://www.apabiz.de/publikation/broschueren/BerlinerZustaende2011_web.pdf), abgerufen am 13.12.2015.

medico international: Erklärung von NGOs und sozialen Bewegungen zum 60. Jahrestag der Menschenrechte – Menschenrechte als unbedingte Teilhaberechte, Berlin 2008. [www.medico.de/erklaerung-von-ngos-und-sozialen-bewegungen-zum-60-jahrestag-der-menschenrechte-13140/](http://www.medico.de/erklaerung-von-ngos-und-sozialen-bewegungen-zum-60-jahrestag-der-menschenrechte-13140/), abgerufen am 8.12.2015.

Menschenrechte als unbedingte Teilhaberechte. Globalisierung von unten für soziale sowie ökologische Gerechtigkeit und individuelle Freiheit, Berlin 2008.

Menschenrechte – Ihr internationaler Schutz, 6., neubearb. Aufl., München 2010.

Menschenrechteerklärung. The Universal Declaration of Human Rights – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Neuübersetzung, Synopse, Erläuterungen, Materialien. Erläuterungen und Redaktion: Bardo Fassbender, München 2009.

Merger, Ulrike: Universalismus, Relativismus, Gleichheit und Differenz. Feministische Perspektiven auf das Konzept der Menschenrechte, in: Internationale Liga für Menschenrechte, Birgit Erbe (Hg.): Frauen fordern ihr Recht. Menschenrechte aus feministischer Sicht, Hamburg 1998, S. 15-29.

Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB): Über uns. [www.migrationsrat.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=12&Itemid=12](http://www.migrationsrat.de/index.php?option=com_content&view=article&id=12&Itemid=12), abgerufen am 09.12.2015.

Netzwerk Diskriminierungsfreie Szenen für alle: »Miteinander – Füreinander« – Diskriminierungsfreie Szenen für alle. <https://diskriminierungsfreeszenenfueralle.wordpress.com/netzwerke/> abgerufen am 13.12.2015.

Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen: Und du? Berlin 2012. Herunterzuladen unter: [www.netzwerkdiskriminierung.de/](http://www.netzwerkdiskriminierung.de/), abgerufen am 09.12.2015.

New Yorck im Bethanien: Besetzen im 21. Jahrhundert – «Die Häuser denen die drin wohnen». <http://newyorck.net/texte/>, abgerufen am 13.12.2015.

News of Berlin Refugee Movement – from inside: Our Demands. <http://oplatz.net/about/>, abgerufen am 12.12.2015.

- Nirumand, Bahman: Menschenrechte als Alibi. Die Nahostpolitik des Westens muss glaubwürdig werden, Hamburg 2012.
- Nofal, Lydia: Aktiv gegen Diskriminierung von Muslimen. Das Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen. Arbeitsweise und Erfahrungen, in: Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen, S.7-15.
- Ören, Aras: Was will Niyazi in der Naunynstraße. Ein Poem. Berlin 1973.
- Open Society Justice Initiative: Gleichberechtigung an deutschen Schulen fordern, New York 2013. [www.opensocietyfoundations.org/reports/gleichberechtigung-deutschen-schulen-fordern](http://www.opensocietyfoundations.org/reports/gleichberechtigung-deutschen-schulen-fordern), abgerufen am 9.12.2015.
- Oguntoye, Katharina, May Opitz, Dagmar Schultz (Hg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin 1986.
- Otto, Kathrin: Unser Kreuzberg! Es geht um mehr als einen Gemüseladen – der Wrangelkiez wehrt sich gegen Verdrängung, in:
- MieterEcho 377/Okttober 2015. <http://www.bizim-kiez.de/blog/2015/10/27/unser-kreuzberg-es-geht-um-mehr-als-einen-gemueseladen-der-wrangelkiez-wehrt-sich-gegen-verdraengung/>, und: [www.bm-gev.de/mieterecho/archiv/2015/me-single/article/unser-kreuzberg.html](http://www.bm-gev.de/mieterecho/archiv/2015/me-single/article/unser-kreuzberg.html), abgerufen am 9.12.2015.
- Quartiersmanagement Berlin: Familien- und Nachbarschaftszentrum Wrangelkiez. [www.quartiersmanagement-berlin.de/projekte-des-monats/familien-und-nachbarschaftszentrum-wrangelkiez.html](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/projekte-des-monats/familien-und-nachbarschaftszentrum-wrangelkiez.html), abgerufen am 13.12.2015.
- QUEERAMNESTY: Vereinte Nationen: Die Hohe UN-Kommissarin für Menschenrechte gibt einen bahnbrechenden Bericht zu sexueller Orientierung und Gender-Identität heraus, 16. Dezember 2011. [www.queeramnesty.de/meldungen/artikel/jahr/2011/view/vereinte-nationen-die-hohe-un-kommissarin-fuer-menschenrechte-gibt-einen-bahnbrechenden-bericht-zu.html](http://www.queeramnesty.de/meldungen/artikel/jahr/2011/view/vereinte-nationen-die-hohe-un-kommissarin-fuer-menschenrechte-gibt-einen-bahnbrechenden-bericht-zu.html), abgerufen am 11.12.2015.
- Radioeins rbb: Polnischer Sozialrat. Zentrale Anlaufstelle für Beratung und Lebenshilfe für Polen in Berlin. [www.radioeins.de/programm/sendungen/modo1619/um-die-ecke-die-ganze-welt/polnischer-sozialrat.html](http://www.radioeins.de/programm/sendungen/modo1619/um-die-ecke-die-ganze-welt/polnischer-sozialrat.html), abgerufen am 11.12.2015.
- Randjelović, Isidora: »Auf vielen Hochzeiten spielen«: Strategien und Orte widerständiger Geschichte(n) und Gegenwart(en) in Roma Communities, in: Ha/Lauré al Samarai/Mysorekar (Hg.), S. 265-279.
- ReachOut: Bildungsarbeit. [www.reachoutberlin.de/index.php?module=htmlpages&func=display&pid=9&cm=8&cb=8](http://www.reachoutberlin.de/index.php?module=htmlpages&func=display&pid=9&cm=8&cb=8), abgerufen am 11.12.2015.
- Reichenberger Kiez: Kreuzberger Erklärung, 13.Mai 2013. <http://reichenberger.nachbarschaftshaus.de/initiativen-und-vereine/kreuzberger-erklarung>, abgerufen am 11.12.2015.
- Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA): A short biography of Martyred Meena founding leader of RAWA, Quetta 1997 – 2015. [www.rawa.org/meena.html](http://www.rawa.org/meena.html), abgerufen am 11.12.2015.
- Reiniger, Franziska; Rona Torenz: Feminismus, in: Arndt, Susan, Ofuatey-Alazard, Nadja (Hg.): (K) Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk, Münster, 1. Aufl. 2011, S. 295-313.
- Sandvoß, Hans-Rainer: Widerstand in Kreuzberg, Berlin 1997.
- Schlagenwerth, Michaela: Neco von der Naunynritze, in: Berliner Zeitung, 3.03.2007. [www.berliner-zeitung.de/archiv/frueher-war-neco-celik-schulabbrecher-und-gang-mitglied--jetzt-ist-er-film-und-theaterregisseur-neco-von-der-naunynritze,10810590,10460050.html](http://www.berliner-zeitung.de/archiv/frueher-war-neco-celik-schulabbrecher-und-gang-mitglied--jetzt-ist-er-film-und-theaterregisseur-neco-von-der-naunynritze,10810590,10460050.html), abgerufen am 12.12.2015.
- Shooman, Yasemin: »Kultur« statt »Rasse« – Das Phänomen des anti-muslimischen Rassismus, in: Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin 2010, S. 17-20.
- Spieß, Katharina: Die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen. Ein Instrument zur Stärkung der Rechte von Migrantinnen und Migranten in Deutschland, Berlin 2007, hrsg. vom Deutschen Institut für Menschenrechte.

Steinberger, Karin: »Schäbiges Raubgesindel« - Jean Ziegler: Wir lassen sie verhungern, in: Süddeutsche Zeitung, 30. April 2013. [www.sueddeutsche.de/wissen/jean-ziegler-wir-lassen-sie-verhungern-schaebiges-raubgesindel-1.1662004](http://www.sueddeutsche.de/wissen/jean-ziegler-wir-lassen-sie-verhungern-schaebiges-raubgesindel-1.1662004), abgerufen am 11.12.2015.

Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft (EVZ): Gemeinsam für eine bessere Bildung – Empfehlungen zur gleichberechtigten Bildungsteilhabe von Sinti und Roma in Deutschland, Berlin 2015. [www.stiftung-evz.de/service/publikationen/studien-evaluationen.html](http://www.stiftung-evz.de/service/publikationen/studien-evaluationen.html), abgerufen am 11.12.2015.

Strauß, Daniel: Zur Bildungssituation von deutschen Sinti und Roma, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 22-23/2011. [www.bpb.de/apuz/33303/zur-bildungssituation-von-deutschen-sinti-und-roma?p=0](http://www.bpb.de/apuz/33303/zur-bildungssituation-von-deutschen-sinti-und-roma?p=0), abgerufen am 13.12.2015.

TIO (Treff- und Informationsort e.V.): Selbstdarstellung. [www.tio-berlin.de/tio-e-v/selbstdarstellung/](http://www.tio-berlin.de/tio-e-v/selbstdarstellung/), abgerufen am 13.12.2015.

UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen): Weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht, 18.06.2015. [www.unhcr.de/home/artikel/f31dce23af754ad07737a7806dfac4fc/weltweit-fast-60-millionen-menschen-auf-der-flucht.html](http://www.unhcr.de/home/artikel/f31dce23af754ad07737a7806dfac4fc/weltweit-fast-60-millionen-menschen-auf-der-flucht.html), abgerufen am 13.12.2015.

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.: Binationales Leben in Deutschland. [www.verband-binationaler.de/binationales-leben/](http://www.verband-binationaler.de/binationales-leben/), abgerufen am 11.12.2015.

Verband Deutscher Sinti und Roma. Landesverband Baden-Württemberg: Das Land Baden-Württemberg unterzeichnet Staatsvertrag mit den Sinti und Roma, 28.11.2013. <http://sinti-roma.com/tag/staatsvertrag/>, abgerufen am 13.12.2015.

Vuesch e.V. (Verein zur Überwindung der Schwerkraft): Jugendbereich: Zirkus Zack - Circus Schatzinsel. [www.vuesch.org/jugendbereich/](http://www.vuesch.org/jugendbereich/), abgerufen am 11.12.2015.

Wesner, Marina: Kreuzberg und seine Gotteshäuser, 2., veränderte und ergänzte Aufl., Berlin 2007.

Wikipedia: Menschenlandschaft Berlin. [https://de.wikipedia.org/wiki/Menschenlandschaft\\_Berlin](https://de.wikipedia.org/wiki/Menschenlandschaft_Berlin), abgerufen am 9.12.2015.

Wikipedia: Recht auf Zugang zu sauberem Wasser. [https://de.wikipedia.org/wiki/Recht\\_auf\\_Zugang\\_zu\\_sauberem\\_Wasser](https://de.wikipedia.org/wiki/Recht_auf_Zugang_zu_sauberem_Wasser), abgerufen am 11.12.2015.

Wikipedia: Sojourner Truth. [https://de.wikipedia.org/wiki/Sojourner\\_Truth](https://de.wikipedia.org/wiki/Sojourner_Truth), abgerufen am 11.12.2015.

Wikipedia: Was will Niyazi in der Naunynstraße? [https://de.wikipedia.org/wiki/Was\\_will\\_Niyazi\\_in\\_der\\_Naunynstra%C3%9Fe%3F](https://de.wikipedia.org/wiki/Was_will_Niyazi_in_der_Naunynstra%C3%9Fe%3F), abgerufen am 12.12.2015.

Wikipedia: Willi Sänger. [https://de.wikipedia.org/wiki/Willi\\_S%C3%A4nger](https://de.wikipedia.org/wiki/Willi_S%C3%A4nger), abgerufen am 11.12.2015.

Winkler, Inga: Lebenselixier und letztes Tabu – Die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung, Berlin 2011 (Deutsches Institut für Menschenrechte, Essay No.11).

Yılmaz-Günay, Koray (Hg.): Karriere eines konstruierten Gegensatzes: Zehn Jahre »Muslime versus Schwule«. Sexualpolitiken seit dem 11. September 2001, Berlin 2011.

Zahn, Christine: Die Anfänge des Schuhhauses »Leiser«, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Juden in Kreuzberg. Fundstücke. Fragmente. Erinnerungen, Berlin 1991, S. 83-90.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: Bundespräsident möge Parteien auf fordern: Wahlkampf nicht zu Lasten der Minderheit. <http://zentralrat.sintiundroma.de/>, abgerufen am 11.12.2015.

Zumach, Andreas: Abkommen zum Waffenhandel. Rüstungskontrolle ohne Transparenz, in: taz, 30.08.2015. [www.taz.de/!5228137/](http://www.taz.de/!5228137/), abgerufen am 11.12.2015.

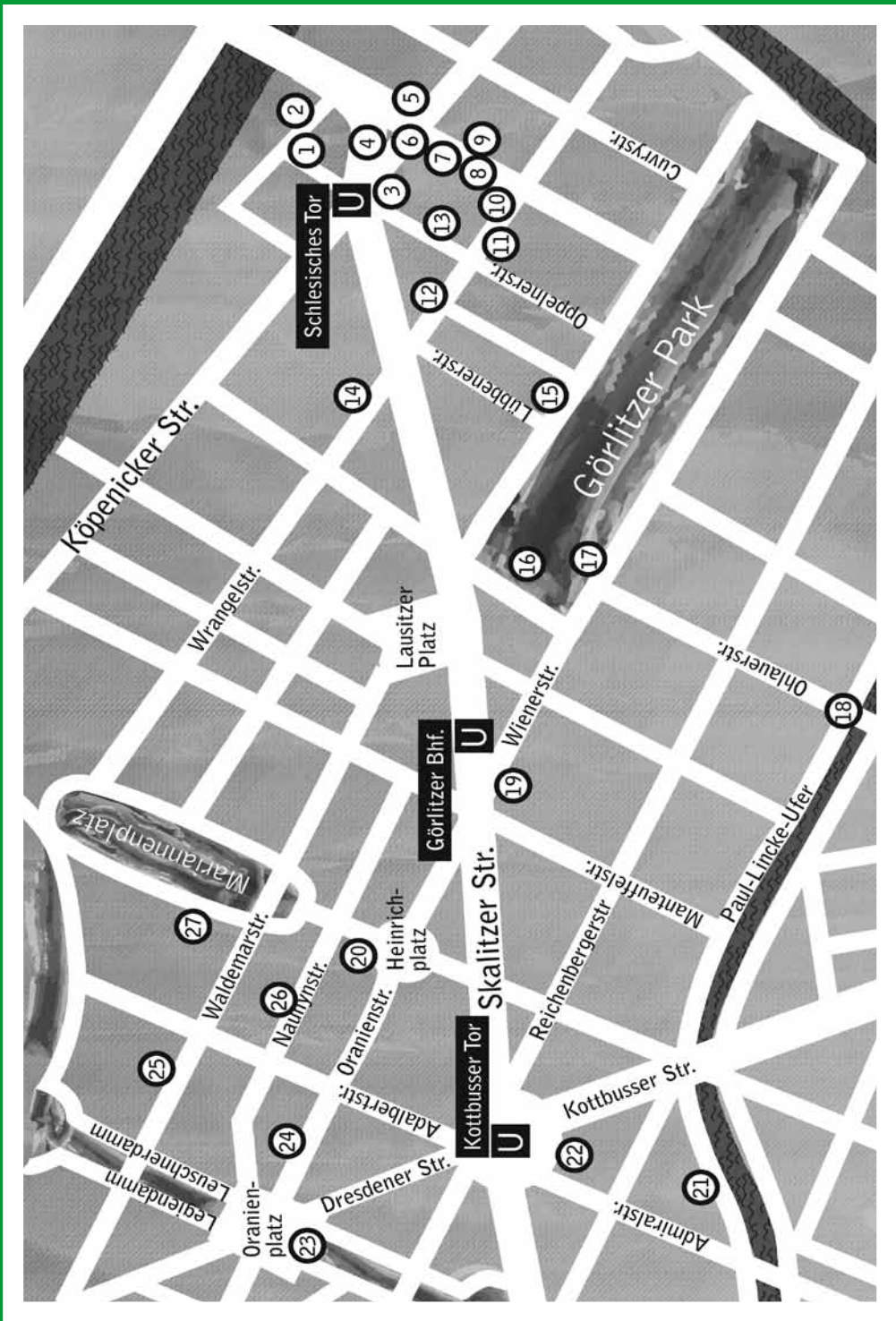
Zumach, Andreas: Deutschland auf halber Strecke. Deutschlands Politik gegen Diskriminierung lasse viele Formen des Rassismus außer Acht, kritisiert ein neuer Bericht des UN-Sonderberichterstatters, in: taz, 16.06.2010. [www.taz.de/!54139/](http://www.taz.de/!54139/), abgerufen am 11.12.2015.

Zumach, Andreas: Zivilisatorischer Fortschritt oder Ermächtigungsgesetz? in: Böll. Thema 3/2008: Menschenrechte. Ein kritischer Kommentar zum Konzept Responsibility to Protect.

## Fotonachweise:

- Seite 6: Autor\_in: OTFW, Berlin: Gedenktafel Carl von Ossietzky, Blücherstr. 45, Berlin-Kreuzberg, Deutschland; Creative Commons Licence (CCL): Attribution Share-Alike 3.0 Unported
- Seite 8: Informationstafel am May-Ayim-Ufer zur Straßenumbenennung
- Seite 10: Gedenkstein an der Spree, May-Ayim-Ufer
- Seite 11: © U. Bökesch
- Seite 13: Marmorskulptur von Mehmet Aksoy: »Menschen in der Stadt«
- Seite 15: Auf einer Hauswand in Kreuzberg
- Seite 17: Autor: Michael F. Mehnert: Transgenialer CSD 2006 in Berlin. Der Demonstrationzug auf der Oberbaumbrücke; CCL Attribution 3.0 Unported
- Seite 18: Autor\_in: RAWA: Meena, Gründerin von RAWA, während einer Rede 1982; CCL Attribution 3.0 Unported
- Seite 20: Autor: Helmut Forberg: Die ehemalige Kita »Klein und Stark«
- Seite 21: Logo des Kurdischen Elternvereins »Yekmal«; © YEKMAL
- Seite 22: Autor: Raimund Thörnig: Otur ve Yaşa/Wohnen und Leben
- Seite 24: St. Marien-Liebfrauenkirche
- Seite 25: Gedenktafel für Johann Rukeli Trollmann, Bergmannstr.29
- Seite 27: Autor\_in: OTFW, Berlin: Gedenktafel, Ursula Goetze, Hornstraße 3, Berlin-Kreuzberg, Deutschland; CCL Attribution Share-Alike 3.0 Unported
- Seite 28: Von der Kaserne des 3. Garderegiments-zu-Fuß zum Oberstufenzentrum Handel 1
- Seite 29: Autor: Michael Rädler: Lübbener Str. 3, Februar 1979
- Seite 30: Autor\_in: Adi Japan: Die Fahne der Roma. Der »First World Romani Congress« hat 1971 in London die »Flagge der Roma« proklamiert.
- Seite 33: Zircus Cabuwazi
- Seite 34: Am Landwehrkanal
- Seite 35: Omar-Ibn-Al-Khattab-Moschee
- Seite 36: Frauenstadtteilzentrum »Schokofabrik«
- Seite 37: Die Synagoge Fraenkelufer
- Seite 39: Das »Gecekondü« von »Kotti & Co«
- Seite 40: »Refugees Revolution Demo«, 23.03.2013
- Seite 41: »Nachbarschaftshaus für interkulturelle Begegnung ORA 34«
- Seite 42: Das »HeileHaus« in der Waldemarstraße 36
- Seite 43: »Ballhaus Naunynstraße«
- Seite 44: »Bethanien« am Mariannenplatz

Fotos ohne Autorenangabe: M. Forberg



Die Broschüre „Auf der Spur der Menschenrechte durch Kreuzberg - ein Stadtpaziergang“ bietet die Möglichkeit, die Themen der 27 Stationen des Spaziergangs selbstständig abzulaufen oder sie in Ruhe nachzulesen. Die Grundidee dabei ist, die breite Palette der Menschenrechte auf der Grundlage der Verträge der Vereinten Nationen anhand von konkreten Orten in Kreuzberg zu veranschaulichen.

Die Termine der Menschenrechtsspaziergänge sind unter [www.bildungswerk-boell.de](http://www.bildungswerk-boell.de) zu finden.

